



JUSOS THÜRINGEN

#SEIDPOLITISCH

BESCHLÜSSE DER LANDESKONFERENZ 2017

ERFURT, 24./25.06.2017

Inhalt

Leitantrag

A1 Seid politisch 3

Bildung & Digitales

B1 Bildungspolitik soll Aufgabe des Bundes werden! 19

B2 Nicht gleich, aber gleichwertig 19

B4 DaZ-Klassen in Thüringer Schulen 20

B8 Unterstützung der europäischen Internet-Charta: Vorgestellt im Rahmen der re:publica am 9. Mai 2017 20

B9 Gegen den Beschluss zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz: Erhaltung der Meinungsfreiheit und Anonymität im Netz! 21

B10 Stiftungshochschulen sind keine Alternativen! 23

Soziales & Wohnen

C1 Leitlinien jungsozialistischer Stadtpolitik 27

C4 Einführung einer Kindergrundsicherung 30

C5 Bürger*innenversicherung 30

C7 Feier und fairer Zugang zu kulturellen Einrichtungen 30

Jugendpolitik & Demokratie & Partizipation

D1 Kostenloser erster Reisepass / Personalausweis / Kinderreisepass 31

D2 Kinderrechte ins Grundgesetz 31

D3 Neuer Rundfunkstaatsvertrag für Onlinemedien 35

Arbeit

E3 Einheitliches Tarifsystem 36

E6 Care-Revolution! 36

E7 Möglichkeiten der schnelleren Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt 37

E8 Sei politisch, SPD! 39

Finanzen

F1 Bezugszeitraum von Elterngeld bedarfsgerecht anpassen – Regelungslücke schließen 47

Feminismus

G1 Sprache. Macht. Geschlecht 48

G4 Zur Abschaffung der 19% Mehrwertsteuer auf Hygieneartikel für Frauen* 50

G5 Die "Pille danach" muss kostenfrei werden! 50

G6 Für mehr Verhütungsgerechtigkeit 50

Antifaschismus & Antirassismus

H1 Antifa bleibt Handarbeit 50

Internationales & Europa

I1 Zur Einführung eines kostenlosen Interrailtickets für junge Europäer*innen 50

Partei & Organisatorisches

P1 Barrieren einreißen! Auch in unserem Verband 51

Umwelt

U1 Mikroplastik – Was is'n das? 53

U2 Zwangsabgabe für nicht biologisch abbaubare Tüten 53

U4 Voll geladen! – Elektromobilitätskonzept 54

U5 Weniger PKW ist mehr Stadt - Das Automobil gehört nicht in die Stadt 70

Gesundheit

X1 Leistungen in Sozialpädiatrischen Zentren komplett finanzieren 71

X2 Das Menschsein wird neu erfunden: Wo bleibt der Aufschrei? 71

X3 Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Entbindungspfleger*innen/Hebammen und Geburtshelfer*innen 73

A1 - LEITANTRAG

SEID POLITISCH!

Wir erleben zurzeit einen Aufschwung von Nationalist*innen, Antidemokrat*innen, Rassist*innen, Antisemit*innen und Antifeminist*innen in Europa. Meldungen von Anschlägen auf Unterkünfte von Geflüchteten sind längst Normalität geworden. Nazis betreiben Hetze im Netz, auf den Straßen und mittlerweile seit mehr als zwei Jahren im Plenum im Thüringer Landtag.

Der Aufstieg der rechten Parteien in Europa zwingt die Demokrat*innen sich zusammenzurufen. Die Wahl von Emmanuel Macron in Frankreich ist ein sehr bildliches Beispiel dafür, wie das Erstarken einer antieuropäischen Kraft eine Einheitsalternative des Neoliberalismus ermöglicht. Auch wenn unsere Partnerin PS verloren hat, waren wir froh, dass sich Macron gegen eine Faschistin durchsetzen konnte. Die Verteidigung der offenen Welt geht damit mit dem Schutz und der Beförderung des kapitalistischen Systems einher. Ein Kampf gegen den Kapitalismus scheint fast unmöglich. Nicht zuletzt haben die andauernde Austeritätspolitik, die erst die wirtschaftlichen Krisen insbesondere im Süden Europas verstärkt hatte, aber auch die Prekarisierung der Arbeitswelt Beweise dafür geliefert, wie wichtig der Kampf gegen den Kapitalismus bleibt. Wir sind davon überzeugt, dass der Einsatz für eine sozialistische Gesellschaft der einzig richtige ist.

Wir erleben aber auch, dass viele Menschen auf den Straßen ihre Stimme für eine solidarische Gesellschaft erheben. Antifaschistische Demonstrationen, aber auch der "Women's March" oder die "Pulse of Europe"-Demonstrationen bekommen von vielen Menschen, insbesondere unserer Generation viel Zulauf. Diese Zeiten brauchen eine starke Stimme der Jugend, die diese rassistische, antisemitische, nationalistische und antifeministische Ideologie nicht mitträgt. Diese Zeiten brauchen junge Menschen, die gegen das patriarchale, militärische und kapitalistische System ankämpfen wollen. Diese Zeiten braucht eine politische Jugend. Wir Jusos Thüringen verstehen uns als Teil der linken Bewegung, die sich für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und gegen Diskriminierungen jeglicher Art einsetzt. Wir Jusos Thüringen sind politisch, seid es auch!

Die SPD muss sich auf ihre Wurzeln besinnen

Der Zusammenschluss von Arbeiter*innen vor über 150 Jahren ermöglichte gesellschaftlichen Fortschritt. Wir verstehen uns genau in dieser Tradition. Wir

glauben fest daran, dass nur mit einer starken SPD mehr gesellschaftliche Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und progressive Gesellschaftspolitik möglich ist. Wir Jusos sehen uns als linke Kraft innerhalb der Partei und machen es uns zur Aufgabe, dass die heutige Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder zu ihren Wurzeln findet. Deshalb wollen wir das linke inhaltliche Profil schärfen. Wir konnten in der Vergangenheit, u.a. mit dem sozialpolitischen Leitantrag der SPD Thüringen, an dem wir maßgeblich mitgearbeitet haben, mit den Forderungen nach der Stärkung und dem Ausbau arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Thüringen, aber auch für eine Erwerbstätigenversicherung, wichtige Akzente setzen. Diese Arbeit wollen wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir glauben fest daran, dass eine Politik, die sich darauf besinnt, das Asylrecht einzuschränken, Privatisierungen zu fördern oder zugunsten der schwarzen Null auf wichtige Zukunftsinvestitionen zu verzichten, für uns dabei keineswegs sozialdemokratisch ist.

Für einen politischen Wahlkampf mit linken Inhalten!

Für uns Jusos sind in Wahlkämpfen die Inhalte, nicht die Person entscheidend. Es geht 2017 um viel: wir wollen einen echten Politikwechsel und ein Abkehr von der Großen Koalition. Eine Koalition mit der Union kann keine progressive Politik ermöglichen. Wir wollen dabei ein politischen Wahlkampf: Es ist Zeit für einen Lagerwahlkampf! Eine starke und wahrnehmbare SPD braucht ein linkes, progressives SPD-Regierungsprogramm. Der Juso-Bundesverband hat viele Punkte, wie beispielsweise die Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, im Erstellungsprozess durchsetzen können. Trotzdem haben viele (Juso-)Forderungen keinen Platz im Entwurf gefunden. Zudem ist die Fokussierung auf eine harte Abschiebep Praxis, wie es der Entwurf zum Regierungsprogramm der SPD vorsieht, keineswegs sozialdemokratische Politik.

Eine Mindestauszubildendenvergütung ermöglicht Auszubildenden mehr Selbstbestimmung. Sie ist zwar im Entwurf benannt, bleibt jedoch zu unkonkret. Wir fordern deshalb die Thüringer Delegierten des Parteitages auf, sich dafür einzusetzen, dass diese Mindestauszubildendenvergütung auf dem Niveau des BaföG-Höchstsatzes im Programm festgeschrieben wird.

Wir glauben fest daran, dass eine gerechte Gesellschaft nur mit einer gerechten Steuerpolitik funktioniert. Die, die viel haben, müssen mehr abgeben. Deshalb ist es für uns unabdingbar,

- den Spitzensteuersatz anzuheben,

- die Erbschaftssteuer erheblich erhöhen und Lücken im Steuergesetz schließen
- die Abgeltungsteuer abzuschaffen,
- und die Vermögenssteuer einzuführen.

Die Rentenpolitik betrifft jede*n. Auch als junge Generation wollen wir eine verlässliche Rente ermöglicht bekommen und gleichzeitig für eine gerechte Politik für die gegenwärtige Rentner*innengeneration streiten. Wir fordern deshalb die Thüringer Delegierten auf dem Bundesparteitag sich für die Erwerbstätigenversicherung einzusetzen. Gleichzeitig muss das Rentenniveau angehoben werden. Der Mindestlohn gilt immer noch nicht für alle. Mit Ausnahmen für Langzeitarbeitslose, Minderjährige und Saisonarbeiter*innen muss endlich Schluss sein! Auch die Ausnahmen beim Mindestlohn für den Transitverkehr sind in keiner Weise mehr hinnehmbar.

Es ist Zeit, dass die Einschränkungen des Asylrechts wieder rückgängig gemacht werden. Wir brauchen endlich sichere Fluchtrouten und ein modernes Einwanderungsgesetz, das nicht an Leistungsgedanken gekoppelt ist. Zusätzlich muss endlich die Mindestzeit des Aufenthalts für den Erhalt der Staatsbürger*innenschaft erheblich gesenkt werden.

Wir wollen nicht zusehen, wie Europa zerfällt und Land für Land in eine tiefe Krise stürzt. Deshalb ist es an der Zeit, von der Austeritätspolitik in Europa abzuweichen. Wir brauchen endlich wieder mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung. Die SPD muss der hohen Jugendarbeitslosigkeit ein Ende setzen. Europa muss demokratischer, sozialer und gerechter werden.

Rot-Rot-Grün ist unsere Wunschkoalition

In Zeiten, wo einige wenige Amtsträger*innen in der SPD Thüringen die Partei zum Austritt aus der Koalition, und Stimmen aus der CDU die Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten fordern, wollen wir uns als Jungsozialist*innen klar zu unserer Wunschkoalition bekennen. Wir glauben fest daran, dass derzeit nur mit dieser Koalition eine progressive Politik möglich ist. Wir sind davon überzeugt, dass der politische Kampf für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit und gegen Diskriminierungen nur mit einer Koalition links der Mitte möglich ist. Wir rufen deshalb den SPD-Landesvorstand sowie die Landtagsfraktion auf, weiterhin konstruktiv innerhalb der Koalition zu arbeiten. Wir wollen, dass sich in Thüringen etwas ändert. Viele unserer Forderungen haben Eingang in den Koalitionsvertrag

gefunden, jetzt kommt es aber auch darauf an, diese Dinge tatsächlich umzusetzen. R2G ist nicht nur unsere Wunschkoalition auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene.

Mit der „Thoska“ können die Studierenden mit dem Zug durch ganz Thüringen fahren. Was Studierende längst haben, muss endlich auch für Auszubildende, Oberstufenschüler*innen, Freiwilligendienstleistende umgesetzt werden. Wir fordern die schnellstmögliche Einführung des Azubi-Tickets mit einer finanziellen Beteiligung der Unternehmen.

Die Mitbestimmung muss auch endlich an den Hochschulen großgeschrieben werden. Deshalb unterstützen wir die geplante Parität der Statusgruppen im Senat der Hochschulen. Für uns bleibt jedoch der Hochschulrat ein undemokratisches Gremium. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Hochschulräte und die Übertragung der gegenwärtigen Aufgaben auf den Senat. Wir wollen, dass das Leben in allen Regionen Thüringens ein lebenswertes ist. Dazu gehören auch genügend freiwillige Leistungen. Aufgrund der sinkenden Einwohner*innenzahl und sinkender Einnahmen im Haushalt schrumpfen die Möglichkeiten für die Finanzierung sozialer Projekte. Deshalb setzen wir uns für eine Gebiets-, Verwaltungs- und Funktionalreform in Thüringen ein. Wir glauben, dass die Zusammenlegung schwacher und starker Landkreise den demographischen Herausforderungen trotzen kann. Für uns Jungsozialist*innen ist Solidarität der Menschen untereinander Maßgabe des Handelns. Ein Ausspielen von kleinen Gemeinden gegen wichtige Unter-, Mittel- und Oberzentren wird es deshalb mit uns nicht geben. Kragengemeinden lehnen wir ab. Nur so können wichtige kulturelle Treffpunkte, wie Schwimmbäder, Sportplätze, kommunale Jugendzentren und Theater erhalten werden. Das dreigliedrige Schulsystem schafft Ungerechtigkeiten. In der Vergangenheit haben wir als Jusos deshalb für die Thüringer Gemeinschaftsschule gestritten. Und der Kampf hat Früchte getragen; in der letzten Legislaturperiode wurde auf Initiative der SPD die Thüringer Gemeinschaftsschule als Schulart neben den Bestehenden etabliert. Trotzdem ist deren flächendeckendes Angebot für Schüler*innen in Thüringen nicht sichergestellt. Wir wollen, dass jede*r Schüler*in, die Möglichkeit hat, eine Gemeinschaftsschule zu besuchen.

Für uns bleibt das Asylrecht ein Menschenrecht. Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, wieder einem Winterabschiebestopp zuzustimmen. Darüber hinaus fordern wir ein konsequenteres Verhalten Thüringens im Bundesrat. Dazu gehört insbesondere die Ablehnung von Einschränkungen im Asylrecht.

Der beschlossene Koalitionsvertrag von 2014-2019 kann nicht alle politischen Maßnahmen beinhalten, die eine linke, progressive Regierung umsetzen möchte. Deshalb wollen wir als Jusos in den nächsten Jahren für die Fortsetzung dieser Koalition kämpfen. Wir lehnen eine Koalition mit der Union auf Landes-, wie Bundesebene entschieden ab.

Die Jungsozialist*innen in Thüringen: ein eigenständiger Jugendverband

Bertolt Brecht sagte einmal: "Ändere die Welt, sie braucht es.". Wir Jusos Thüringen begreifen uns als eigenständiger Richtungsverband. Als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Jugendverband kämpfen wir für den demokratischen Sozialismus. In unserer Arbeit wollen zum einen unsere Vorstellungen von einer gerechten und solidarischen Gesellschaft diskutieren, gleichzeitig aber auch die gegenwärtige Politik aktiv mitgestalten.

Seid politisch, kämpft!

Für die nächsten zwei Jahre haben wir uns dabei drei Schwerpunktthemen gesetzt. So wollen wir in Zeiten, in denen die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, und die Abstiegs-gesellschaft ruft, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit thematisieren und in den Fokus jungsozialistischer Politik rücken. In der Bundesrepublik hängt gute Bildung immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab. Deshalb ist die gerechte Bildungspolitik ein weiteres Thema, für das wir uns stark machen wollen. Das dritte Schwerpunktthema des Landesvorstandes ist die solidarische Gesellschaft und der Einsatz für ein selbstbestimmtes Leben. Zu den jeweiligen Themen wollen wir Bildungsangebote und Aktionen organisieren. Die zugeordneten Landesvorstandsmitglieder sollen für die einzelnen Projekte auch als Expert*innen die Kreisverbände unterstützen.

Die Frage nach Kapital und Arbeit

Wir stehen für eine Politik ein, die die Verteilungsfrage stellt. Es sind die Arbeitnehmer*innen, die mit ihrer Arbeitskraft den Mehrwert schaffen, nicht die Arbeitgeber*innen. Deshalb setzen wir uns für bessere Löhne, mehr Mitbestimmung im Betrieb und gute Arbeit ein.

Nicht nur bei der Entlohnung sind prekär Beschäftigte benachteiligt. Die Arbeitsbedingungen sind häufig schlechter, die Integration in soziale Netze ist nur schwer möglich und die Partizipationschancen bleiben verwehrt. So finden wir in Thüringen die höchste Leiharbeitsquote in der Bundesrepublik vor. Hier braucht es mehr Regulierungen. Leiharbeiter*innen sollen endlich nicht nur den gleichen Lohn

bekommen, sondern aufgrund der unsicheren Arbeitsbedingungen fordern wir auch eine Flexibilitätszulage von mindestens 10%. Gleichzeitig fordern wir mehr Mitbestimmung der Arbeiter*innen an ihrem Arbeitsplatz. So müssen beispielsweise Arbeitnehmer*innen in der Arbeitnehmer*innenüberlassung endlich am Betrieb teilhaben können. Wir stellen uns zudem gegen jegliche Einschränkungen des Streikrechts. Der politische Streik muss endlich legal werden, damit die Arbeitnehmer*innen gemeinsam mit den Gewerkschaften für ihre politischen Interessen auf die Straße gehen können.

Die Digitalisierung, Robotisierung und Technisierung schreiten voran. Die neuen Prozesse verändern die Arbeitswelt. Wir stellen uns ausdrücklich nicht gegen den technischen Fortschritt. Wir müssen diesen jedoch aus politischer, das heißt, aus sozialistischer Perspektive begleiten. In der Umbruchphase, in der wir uns grad befinden, sollten Sozialdemokratie und Gewerkschaften daran arbeiten, gute Arbeitsbedingungen für jede*n heute und morgen zu ermöglichen. Auch die Veränderung der Produktionsweise ändert nichts daran, dass der Kampf gegen Ausbeutung weitergehen muss.

Es ist zudem an der Zeit, dass Care-Berufe aufgewertet werden. Die von Frauen* dominierten Berufe werden strukturell schlechter entlohnt und ziehen schlechtere Arbeitsbedingungen mit sich. Damit muss endlich Schluss sein. Wir solidarisieren uns deshalb mit dem Netzwerk Care Revolution. Es sind meistens Frauen*, die sich um Kinder und Pflegebedürftige kümmern. Deshalb gehen sie viel häufiger in Teilzeit. Häufig kommen Frauen* nicht aus dieser Teilzeitfalle heraus. Wir brauchen deshalb ein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Auf der anderen Seite gibt es viele Frauen*, insbesondere in Care-Berufen, die von Anfang an, obwohl sie Vollzeit arbeiten wollen, nur Teilzeitverträge bekommen. Auch damit muss endlich Schluss sein.

Wir solidarisieren uns mit den Gewerkschaften bei ihren Forderungen nach mehr Lohn und guter Arbeit. In Thüringen hat die frühere Kampagne der CDU-Regierung als „Niedriglohmland Deutschlands“ immer noch massive Auswirkungen auf die Lohnstruktur. Der Mindestlohn ist ein großer Erfolg gewesen, der in Thüringen eine große Wirkung gezeigt hatte. Jedoch können wir keine Ausnahmen bei dem Mindestlohn hinnehmen.

Wir wollen uns die Frage stellen, wie wir zukünftig arbeiten und leben wollen. Für uns steht außer Frage, dass eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich längst überfällig ist. Wir sind davon überzeugt, dass die Zeit für eine sanktionsfreie Mindestsicherung reif ist. Wir fordern das Ende der Stigmatisierung von

Arbeitslosen. Wenn es auf der einen Seite zu einer Verdichtung der Arbeit mit Folgen der Überanstrengung der Arbeitnehmer*innen kommt, aber auf der anderen Seite Menschen keine Arbeit finden, brauchen wir eine Diskussion über eine Umverteilung der Arbeitszeit.

Die Tariffucht muss beendet werden. Zudem zeigen Beispiele in Thüringen, dass Union Busting, also die Bekämpfung von Betriebsräten durch die Arbeitgeber*innen zunimmt. Hier müssen Instrumente her, die die Betriebsräte besser schützen können. Auch der Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Geflüchteten muss endlich ermöglicht werden. Der Armutsbericht des Paritätischen für Thüringen von 2017 zeigt deutlich auf, dass fast jede*r Fünfte Thüringer*in von Armut bedroht ist. Zudem ist im Vergleich zum Vorjahr die Armut von 17,8 auf 18,9 Prozent gestiegen. Diese Zahlen verdeutlichen den politischen Ausnahmezustand. Wir brauchen eine echte Umverteilung. Deshalb fordern wir endlich einen gerechten Spitzensteuersatz, eine höhere Erbschaftsteuer und eine Vermögenssteuer. Kapitalerträge müssen endlich mindestens genauso besteuert werden, wie Lohnarbeit. Für eine echte Chancengleichheit brauchen wir zudem Investitionen in soziale Projekte, die dem Rotstift der Kommunen aufgrund des Sparzwangs zum Opfer gefallen sind.

Die Ausbildung muss dringend aufgewertet werden. Deshalb fordern wir die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes. So sollen dort die dualen Studiengänge aufgenommen werden. Gleichzeitig fordern wir die Lehr- und Lernmittelfreiheit für die Ausbildung. Darüber hinaus wollen wir, dass die Ausbildungsgarantie ihren Weg in das Gesetz findet. Um eine gute Ausbildung zu ermöglichen ist auch eine angemessene Ausbildungsvergütung wichtig. Insbesondere im Osten der Republik sind in vielen Branchen die Vergütungen dramatisch gering. Deshalb fordern wir die Umsetzung der Mindestausbildungsvergütung auf dem Niveau des Bafög-Höchstsatzes. Damit wollen wir auch mehr Selbstbestimmung für junge Menschen ermöglichen.

Wir als Jusos streiten für eine gerechte Rentenpolitik. Für uns ist die Rente kein demographisches, sondern ein soziales Problem. Eine doppelte Folge des Gender pay gaps besteht darin, dass Frauen* auch einen erheblichen Renten gap erleiden müssen. Damit sind sie noch stärker der Altersarmut ausgesetzt. Das Rentenniveau muss wieder auf 50 Prozent gelangen. Zugleich ist eine Mindestrente dringend von Nöten.

Wir glauben, dass es ungerecht ist, dass Beamt*innen nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Deshalb setzen wir uns für eine

Erwerbstätigenversicherung ein, in die Selbstständige, Arbeitnehmer*innen und Beamt*innen einzahlen. Wir sehen die Stärkung der Betriebsrenten kritisch. Insbesondere im Osten werden selten Betriebsrenten ausgezahlt. Wir glauben deshalb, dass Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung wichtiger ist. Weiterhin sehen wir die Riester-Rente in ihrer heutigen Form als gescheitert an & fordern mindestens umfassende Reformen an diesem Modell.

Gerechte Bildungspolitik

Aufstieg durch Bildung – das war und bleibt das Versprechen der Arbeiter*innenbewegung. Sozialdemokratische Bildungspolitik kennzeichnet der Gedanke, dass jede*r unabhängig vom Einkommen der Eltern, von physischen oder geistigen Beeinträchtigungen, von der Herkunft, vom Wohnort, vom Geschlecht, oder von der sexuellen Orientierung die gleichen Chancen hat. Von diesem Ziel sind wir weiterhin weit entfernt. Wir fordern deshalb ein gebührenfreies und flächendeckendes Bildungsangebot von der Kita bis zur Hochschule. Gerechte Bildungspolitik heißt für uns konkret:

- Schluss mit maroden Schulen! Ein Investitionsprogramm für die baulichen Maßnahmen muss her. Wir fordern moderne Kitas, Schulen und Hochschulen. Dabei lehnen wir Investitionen durch öffentlich-partnerschaftliche Projekte entschieden ab.
- Bildung kostet! Sehr häufig arbeiten die Beschäftigten in der Kita und an den Hochschulen unter prekären Bedingungen. Lehrer*innen an Grund- und Regelschulen sollten mit den Gymnasiallehrer*innen gleichgestellt werden. Ebenso muss die Entlohnung von Erzieher*innen in Kitas und Horten entsprechend angepasst werden. Wir brauchen mehr Lohngerechtigkeit im Bildungssektor.
- Kinder an die Macht! Wir kämpfen für mehr Mitbestimmung von der KiTa an: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen ihre Lernorte mitgestalten können.
- TSG voran! Wir finden, dass das Konzept der Thüringer Gemeinschaftsschule die besten Lehr- und Lernbedingungen schafft. Deshalb wollen wir, dass die Gemeinschaftsschulen gestärkt werden. Jede*r Schüler in Thüringen muss dabei die Möglichkeit haben, auf eine Gemeinschaftsschule gehen zu können.
- Inklusive Bildungseinrichtungen fördern! Wir wollen jeden Menschen mitnehmen. Das bedeutet für uns, dass wir inklusive Einrichtungen fördern

müssen. Dazu gehört auch die Umstellung auf kooperative Betreuung und damit höhere Kosten für Personal.

- Staatlich vor privat! Wir lehnen jegliche staatlichen Förderungen von Schulen, Hochschulen, Kitas und Horten in privater Träger*innenschaft strikt ab. Wir wollen starke, staatliche Bildungseinrichtungen mit ausreichend Personal.

Gemeinsam mit der Juso-Schüler*innen-Gruppe und den Juso-Hochschulgruppen in Thüringen wollen wir Veranstaltungen, wie z.B. Workshops, zu einer gerechten, sozialistischen Bildungspolitik durchführen.

Solidarische Gesellschaft

Wir glauben fest daran, dass mehr Mitbestimmung im Betrieb, soziale, kulturelle – und Bildungseinrichtungen längst überfällig sind. Deshalb möchten wir alle Lebensbereiche demokratisieren. Ein selbstbestimmtes Leben ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. In einer kapitalistischen Welt hängt der Grad der Selbstbestimmung extrem von dem Einkommen und dem Vermögen jeder und jedes Einzelnen ab. Wir wollen, dass Selbstbestimmung nicht nur den Vermögenden zusteht. Deshalb ist eine Umverteilung unabdingbar.

Zur Selbstbestimmung gehört auch das Recht auf Drogenkonsum. In der Vergangenheit haben wir uns immer wieder für die Legalisierung von Cannabis ausgesprochen, weil wir fest daran glauben, dass es in der Drogenpolitik eines massiven Rechtes auf Selbstbestimmung bedarf. Gleichzeitig wollen wir aber auch ein soziales Netz ermöglichen. Präventionsarbeit kann nur dann gelingen, wenn Drogen legalisiert werden.

Wir wollen, dass die Menschen unabhängig vom Geldbeutel mobil sind. Deshalb setzen wir uns für einen fahrscheinlosen ÖPNV ein. Auf dem Weg dahin bleibt ein flächendeckendes und kostenfreies Azubi-Ticket in Thüringen ein wichtiges Ziel. Wir wollen zudem einen schnellen Breitbandausbau, damit jede*r einen schnellen, sicheren, zuverlässigen und gleichwertigen Zugang zum Internet hat. Der Zugang zu Kultur, sozialen Einrichtungen, Freizeitangeboten, oder Einkaufsmöglichkeiten muss für alle sichergestellt werden.

In der Vergangenheit wurde immer wieder das Asylrecht eingeschränkt. Wir halten das für einen fatalen Fehler. Sichere Herkunftsstaaten oder auch eine „Residenzpflicht light“ sind politische Antworten, die mit unseren Werten nicht vereinbar sind. Für uns ist und bleibt das Asylrecht ein Menschenrecht.

Wir betrachten auch die laufende Debatte um ein Einwanderungsgesetz kritisch. Wir sind davon überzeugt, dass wir ein solches brauchen, jedoch können wir die Ideen, die eine Zuwanderung nach Leistungs- und Verwertungskriterien ermöglichen wollen, nicht unterstützen. Als sozialistischer Richtungsverband ist es für uns unabdingbar, von der Verwertungslogik abzuweichen.

Thüringen ist das Bundesland des NSU, der Rechtsrockkonzerte und Nazi-Aufmärsche. Nach dem Thüringenmonitor sind 52 Prozent der Thüringer*innen der Meinung, dass Thüringen im gefährlichen Maße überfremdet sei. Solche Ergebnisse zeigen, dass wir einen gesellschaftlichen Wandel brauchen: Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Die Reform der Krankenversicherung ist längst überfällig. Wir finden eine Zwei-Klassen-Medizin ungerecht. Die Bürger*innenversicherung, in welcher alle Patient*innen versichert sind und einzahlen, ermöglicht daher mehr Gerechtigkeit. Frauen* werden auch im 21. Jahrhundert weiterhin strukturell diskriminiert. Als feministischer Verband betrachten wir feministische Themen nicht als Randthema. Feminismus ist der lila Faden, der sich durch unsere Arbeit und alle Politikbereiche zieht.

Seid politisch, bildet Arbeitskreise!

In den nächsten zwei Jahren wollen wir zwei basisorientierte Arbeitskreise einrichten. So sollen unter der Leitung von Mitgliedern des Landesvorstandes Diskussionsrunden, thematische Treffen und weitere Veranstaltungsformate gemeinsam mit den Interessierten organisiert werden.

Arbeitskreis Internationales und Europa

Wir Jusos stehen zu dem historischen Projekt Europa. Aber während einige wenige Länder in der Europäischen Union Wirtschaftswachstum verzeichnen, geht es anderen Ländern wirtschaftlich immer schlechter. Deshalb wollen wir unsere Antwort auf die Austeritätspolitik der Europäischen Union suchen. Gleichzeitig wollen wir der Frage nachgehen, wie wir Europa demokratischer und sozialer gestalten können. Durch den Aufstieg nationaler Egoisten und Antidemokrat*innen in Europa rückt die Idee von den Vereinigten Staaten von Europa vermeintlich in weite Ferne. Wir wollen darüber diskutieren, wie wir diese Vision voranbringen können. Wir als Jusos unterstützen die TTIP- und CETA-Proteste, weil wir eine andere Vorstellung von globaler Handelspolitik haben. Wir wollen eine faire Handelspolitik, die Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung anderer Staaten ermöglicht.

Unser Austauschprogramm mit Young Meretz, Young Avoda und Shabibeh Fatah

Für uns Jusos bleibt das Existenzrecht Israels eine wesentliche unantastbare politische Grundposition. Gleichzeitig stehen wir zur Zweistaatenlösung, Dieses Jahr hat der Landesverband zum ersten Mal an einer internationalen Delegationsreise teilnehmen können, die im Wesentlichen durch das Juso-Bundesbüro und das Willy-Brandt-Center (WBC) organisiert wurde. Dort hatten wir die Gelegenheit mit Vertreter*innen unserer Partner*innen vor Ort, der Young Meretz, der Young Avoda und Shabibeh Fatah über den Nahost-Konflikt ins Gespräch kommen. Im Anschluss dieser Reise wird vom Landesvorstand und den Delegationsteilnehmer*innen ein Konzept zur Nachbereitung erarbeitet und umgesetzt. Wir werden im Jahr 2018 eine Delegation aus dem Nahen Osten empfangen. Die Jusos Thüringen wollen in Kooperation mit den Jusos Sachsen, dem WBC und dem Juso-Bundesbüro ein interessantes Programm zusammenstellen. Im Folgenden soll auch eine Nachbereitung des Rückaustauschs vorgenommen werden. Die Organisation des Rückaustauschs wird durch den Arbeitskreis Internationales sowie die Delegationsteilnehmer*innen von Thüringer Seite aus übernommen. Außerdem soll der Arbeitskreis prüfen, ob weitere Austauschprogramme mit Partner*innen weltweit möglich sind.

Arbeitskreis Ökologie und Nachhaltigkeit

Der Mensch lebt auch im Jahre 2017 weit über seine Verhältnisse. Der heutige Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist nicht hinnehmbar. Es muss daher eine weitsichtige und rücksichtsvolle Nutzungsstrategie her. Auch im Hinblick auf die Klimakonferenz in Bonn hat ein Ziel oberste Priorität: Das 2-Grad-Ziel muss durch gemeinsame Anstrengungen gehalten werden. Deshalb ist es auch an der Zeit, die Energiewende sozial verträglich, konsequent, schnell und europäisch umzusetzen. Dazu gehört auch die Verstärkung der staatlichen Förderung in die Forschung. Insbesondere in einem Autoland wie der Bundesrepublik ist der Ausbau der Elektromobilität ein entscheidender Faktor.

Die hohe Luftverschmutzung durch umweltschädliche Emissionen muss eingedämmt werden. Auch dem zunehmenden Verpackungswahnsinn muss politisch Paroli geboten werden. Wir begrüßen darüber hinaus die Förderung der ökologischen Landwirtschaft und sprechen uns gegen Massentierhaltung aus. Auch die Löhne in der Landwirtschaft sind weiterhin nicht zufriedenstellend. Unter diesem Lohndumping leiden insbesondere Saisonkräfte, bei welchen der Mindestlohn nicht greift. Deshalb fordern wir die Streichung aller Ausnahmen bei dem

Mindestlohngesetz. Darüberhinaus möchten wir uns im Arbeitskreis mit den Chancen und Gefahren der Gentechnik in der Landwirtschaft und dem menschlichen Organismus beschäftigen.

Seid politisch, unterstützt Kreisverbände!

Der Landesverband ist genauso stark, wie seine Kreisverbände. Deshalb wollen wir an dem System der Patinnen und Paten aus dem Landesvorstand festhalten. So bekommt jeder Kreisverband jeweils ein Landesvorstandsmitglied zugeordnet, um die Kommunikation zwischen Kreis- und Landesverband zu fördern. Darüber hinaus wollen wir Muster-Pressemitteilungen für Kreisverbände anbieten. Mit dem #JuriMobil werden wir Aktionen der Kreisverbände vor Ort unterstützen. Mit der Kooptierung des*der Vorsitzenden des Landesausschusses in den Landesvorstand wollen wir die Anbindung der Kreisverbände an den Landesvorstand ermöglichen. Regelmäßige Kreisvorsitzendenkonferenzen sollen die Vernetzung zwischen den Kreisverbänden fördern.

Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe

Noch immer hängt der soziale Aufstieg vom Geldbeutel der Eltern ab. Wie können wir es schaffen, Schulpolitik gerechter zu gestalten? Was bedeutet für uns gute Ausbildung? Die Juso-Schüler*innen und Auszubildenden in Thüringen setzen sich als eigenständige Gruppe innerhalb der Jusos Thüringen insbesondere mit gerechter Schul- und Ausbildungspolitik auseinander. Die landesweite Gruppe ist außerdem für die Vernetzung von Schüler*innen und Auszubildenden zuständig. Die Juso-Schüler*innen-Gruppe versteht sich als Teil des JSAG-es, beteiligt sich an dessen Veranstaltungen und hält Kontakt zu der Bundeskoordination. In den letzten zwei Jahren hat sich die Gruppe wieder reaktiviert. Es gibt wieder regelmäßige Sitzungen. Es ist wichtig, diese Regelmäßigkeit beizubehalten und die Arbeit zu intensivieren. Dazu gehört auch die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit. Der Juso-Landesvorstand wird die Gruppe auch weiterhin personell, inhaltlich und organisatorisch unterstützen.

Die Juso-Hochschulgruppen

Die Juso-HSG ist eine Arbeitsgruppe, die sich schwerpunktmäßig mit Hochschulpolitik beschäftigt. Auch in Zukunft soll die Gründung von Juso-Hochschulgruppen durch den Landesverband gefördert und unterstützt werden. Die Hochschulgruppen vor Ort sind autonom und entscheiden gemeinsam, wie ihre Landeskoordination ausgestaltet wird. Der Juso-Landesvorstand arbeitet zudem

intensiv mit der Landeskoordination zusammen. Durch eine Kooptation in den Juso-Landesvorstand sollen die Hochschulgruppen an dem Landesverband der Jusos angebunden bleiben.

Seid politisch, vernetzt euch!

Unsere Netzwerkstellen dienen dazu, Jusos aus allen Teilen Thüringens, die zu einem bestimmten Thema arbeiten, zusammenzubringen und den Austausch zu erleichtern. Sie können eigenständig Veranstaltungen durchführen und sich mit aktuellen Fragestellungen beschäftigen. Mitglieder aus dem Landesvorstand betreuen und koordinieren die Arbeit einer Netzwerkstelle und suchen aktive Mitstreiter*innen in den Kreisverbänden.

Netzwerkstelle Antifaschismus

In der Netzwerkstelle Antifa wollen wir zum einen Jusos, die sich mit dem Themenfeld Antifaschismus beschäftigen, zusammenbringen und zum anderen die Bündnisarbeit mit anderen Verbänden, Initiativen, Organisationen, Gewerkschaften und Co. intensivieren. Als antifaschistischer Verband wollen wir auch weiterhin gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und autonomen Gruppen zusammenarbeiten, die sich Nazis auf Demos, Kundgebungen, Konzerten oder sonst wo in den Weg stellen, über Neonazi-Strukturen aufklären und gegen Rassismus, Antisemitismus und menschenverachtende Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft und im Neonazimilieu arbeiten und sich dagegen positionieren.

Frauen*netzwerkstelle

Im Mittelpunkt sollen Vernetzung und Erfahrungsaustausch von Juso-Frauen* stehen, sodass wir Juso-Frauen* dort Best-Practice-Beispiele für die politische Arbeit und gegen latente oder offene Diskriminierung austauschen können. Inhaltlich wollen wir uns in der Netzwerkstelle sowohl mit gleichstellungspolitischen als auch anderen politischen Thematiken befassen, die aus einem genderrelevanten Blickfeld zu beleuchten sind. Die Frauen*netzwerkstelle wird trans*inklusiv arbeiten.

Seid politisch, fördert Frauen*!

Unser Verband ist überwiegend männlich geprägt. Nur rund 30 Prozent unserer Mitgliedschaft sind Frauen*. Für uns Jusos ist dieser Zustand nicht hinnehmbar. Dieses ungleiche Verhältnis resultiert aus strukturellen Ursachen in der Gesellschaft. Daher genügt es nicht, um diese Zustände aufzubrechen, nur an der Oberfläche zu kratzen, Es braucht tiefere Veränderungen. Wir wollen gezielt Frauen*

fördern und in den nächsten Jahren auch eine frauen*spezifische Ansprache in der Öffentlichkeitsarbeit etablieren. Bei unseren Veranstaltungen achten wir auf quotierte Redelisten. Bei den Anmeldungen zu den Veranstaltungen des Landesverbandes sollen auch weiterhin Frauen* bevorzugt ausgewählt werden.

Seid politisch, macht eine Kampagne!

#JuriMobil

Mit einem Thüringer Juso-Bus wollen wir die Kreisverbände bei ihren Aktionen vor Ort unterstützen. Dafür haben wir im letzten Jahr eine Konzeption entworfen. Das Angebot des #JuriMobils ist sehr vielfältig: Politische Spielstraßen, Aktionen vor den Werkstoren, eine Schicksalstombola und vieles mehr. Der Landesvorstand wird gemeinsam mit Freiwilligen als Action Group bei den Aktionen der Kreisverbände vor Ort mithelfen.

#ichbinpolitisch

Wir haben im Frühjahr 2017 die Neumitgliederkampagne #ichbinpolitisch gestartet. In Zeiten, in denen sich viele politisieren, wollen wir junge Menschen dafür begeistern, mit uns Jusos gemeinsam für eine bessere Gesellschaft von morgen zu kämpfen. Dazu wurden unter anderem Postkarten und Aufkleber gedruckt. Wir wollen in den nächsten zwei Jahren diese Kampagne weiterverfolgen und ausbauen.

Jugendwahlkampf bei der Kommunalwahl

Der Juso-Landesvorstand wird eine Kampagne zu den im Frühjahr 2017 stattfindenden Kommunalwahlen konzipieren. Diese soll sich zielgruppenspezifisch an Jugendliche richten. Zum zweiten Mal werden auch junge Menschen zwischen 16 und 18 Jahren zur Wahlurne aufgerufen. Wir wollen mit der Kampagne insbesondere Erstwähler*innen und Jungwähler*innen mobilisieren.

Seid politisch und sprecht darüber!

Wir als Jusos wollen unsere Inhalte und Ideen von einer gerechten Gesellschaft in die Außenwelt transportieren. Dafür benötigen wir eine breit aufgestellte Öffentlichkeitsarbeit. Formate, wie Pressemitteilungen, Zeitungsinterviews u.a. sind auch weiterhin unerlässlich. In Zeiten der Digitalisierung wird dabei das world wide web immer wichtiger. Die Aufgabe des Landesvorstandes wird es sein, die Homepage der Jusos Thüringen als Webbeauftragte*r stets aktuell zu halten. Zudem werden soziale Medien immer wichtiger. Wir halten unsere Präsenz in den sozialen Medien ausbauen und werden insbesondere auf Facebook, Instagram und Twitter

zurückgreifen. Die Nutzung weiterer sozialer Netzwerke soll geprüft werden. Flyer, Broschüren und andere Druckerzeugnisse sollen unsere Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Als Unterstützungsangebot für die Kreisverbände sollen Medien- und Presseworkshops angeboten werden. Zudem wollen wir die Kreisverbände mit Musterpressemitteilungen unterstützen.

Seid politisch und bildet euch!

Für die Jusos Thüringen hat die Gewährleistung eines guten, themenspezifischen breiten Angebots an Bildungs- und Qualifizierungsveranstaltungen weiterhin oberste Priorität. Als sozialistischer, feministischer und internationalisiert her Richtungsverband werden wir die Grundlagenseminare zu den drei Themenkomplexen wieder anbieten. Mit den Verbandswochenenden wollen wir darüber hinaus die inhaltlichen Diskurse vorantreiben und Beschlüsse weiterentwickeln. Gewohnte Formate, wie das Auftaktwandern am Jahresanfang oder auch das Buchenwaldseminar sollen weiterhin Bestandteil des Bildungsangebots bleiben. In regelmäßigen Abständen wollen wir außerdem Neumitgliederseminare anbieten. Auch Qualifizierungsangebote, wie ein Gendertraining, sowie Seminare zu Rhetorik, Pressearbeit und Methoden, aber auch Veranstaltungen für angehende junge Kommunalpolitiker*innen wollen wir in das Bildungsangebot integrieren. Außerdem wollen wir gemeinsam mit den anderen Thüringer Arbeiter*innenjugendverbänden wieder ein gemeinsames Beethovencamp durchführen. Darüber hinaus ist eine Vernetzung mit den Bildungsangeboten der FES und den Angeboten der linken Jugendverbände anzustreben.

Mit einer regelmäßigen Veranstaltungsreihe wollen wir mit Diskussionsrunden auf aktuelle politische Themen eingehen. Außerdem wollen wir als Landesvorstand Mitglieder dabei unterstützen, autonom landesweit Lesekreise und Veranstaltungen zum Singen von Arbeiter*innenliedern zu organisieren.

Aktiver Teil des Bundesverbandes

Als Jusos Thüringen wollen wir weiterhin uns an den Projekten Kampagnen und Veranstaltungen des Juso-Bundesverbandes teilnehmen. Bei den Bundeskongressen wollen wir uns inhaltlich mit Anträgen einbringen. Darüberhinaus wollen wir die Zusammenarbeit mit den befreundeten Landesverbänden intensivieren.

Seid politisch, arbeitet mit anderen zusammen!

Ein Ziel gemeinsam zu erreichen ist leichter, als Einzelkämpfer*in zu sein. Wir glauben daran, dass eine Zusammenarbeit mit den politisch nahestehenden Organisationen mehr erreichen kann. Deshalb wollen wir auch weiterhin mit den Beethovenverbänden, d.h., der Sozialistischen Jugend Deutschlands – den Falken, der Naturfreundejugend, dem Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt und den DGB-Gewerkschaftsjugenden zusammenarbeiten. So wollen wir auch weiterhin ein gemeinsames Beethovencamp anstreben, um den Austausch zwischen den Verbänden zu fördern. Auch die Kooperation mit den rot-rot-grünen Jugendverbänden wollen wir weiterhin aufrechterhalten.

Als antifaschistischer Verband wollen wir auch in den nächsten zwei Jahren gemeinsam mit den antifaschistischen Organisationen und Initiativen in Thüringen zusammenarbeiten. Wir solidarisieren uns mit dem antifaschistischen Engagement und wollen uns auf der Straße, im Netz und anderswo den Nazis in den Weg stellen. Wir werden uns auch weiterhin am antirassistischen-antifaschistischen Ratschlag beteiligen und uns mit antifaschistischem Engagement solidarisch zeigen. Wir bekennen uns zudem als Mitinitiator*innen und Netzwerkpartner*innen zum NDC (Netzwerk für Demokratie und Courage) und werden dessen Arbeit unterstützen. Die Kooperation mit den Mitgliedern des Thüringer Flüchtlingsrates wollen wir als Mitglied weiter ausbauen.

Als feministischer Richtungsverband waren wir in den letzten Jahren Teil des Frauen*kampftagsbündnisses. Auch in den nächsten Jahren wollen wir im wachsenden Bündnis eine aktive Rolle einnehmen. Außerdem solidarisieren wir uns mit dem Bündnis Care Revolution.

Mit den Thüringer Gerechtigkeitskongressen haben wir ein Format geschaffen, in dem wir mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer*innenfragen, der Arbeitsgemeinschaft für Frauen und der Arbeitsgemeinschaft 60+ gut zusammenarbeiten. Auch diese Zusammenarbeit wollen wir in der Zukunft aufrechterhalten und intensivieren.

BILDUNG & DIGITALES

B1 - Bildungspolitik soll Aufgabe des Bundes werden

Die Jusos Thüringen fordern ein bundesweit einheitliches Bildungssystem. In den letzten Jahren häufen sich die Probleme, die der Bildungsföderalismus mit sich bringt. Diskussionen über unterschiedliche Schulformen, Abiturprüfungen und angebliche Noteninflation führen sogar dazu, dass der Chef des deutschen Lehrerverbandes „anspruchsvolle“ Bundesländer wie Bayern auffordert, Abschlüsse aus „anspruchlosen“ Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen nicht anzuerkennen. Diese Art von bildungspolitischer Kleinstaaterei führt dazu, dass Bildung immer mehr zu einem Standortvorteil einzelner Bundesländer verkommt. Das führt zu Wettbewerb unter den Bundesländern und verhindert, dass diese gemeinsam an guten Qualitätsstandards für Bildung arbeiten. Dabei muss es doch möglich sein, jedem jungen Menschen in diesem Land einen guten Bildungsweg zu ermöglichen! Unser Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat Martin Schulz hat das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bereich der Bildung bereits kritisiert, da es finanzielle Förderung durch den Bund erschwert. Soll aber die Bundesrepublik ein Land werden, in dem junge Menschen gute Bildungsvoraussetzungen haben, die unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sind und trotzdem eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Entfaltung ermöglichen, reichen kleine Schritte wie vergleichbare Prüfungsaufgaben oder Finanzierung durch den Bund nicht – ein bundesweit einheitliches Bildungssystem mit gleichen Lehrplänen und Prüfungen ist unumgänglich! Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für junge Menschen!

B2 - Nicht gleich, aber gleichwertig

In Thüringen werden derzeit die verschiedenen Lehrämter (Grundschullehramt, Regelschullehramt, Gymnasiallehramt, Sonderpädagog*innen), in unterschiedliche Entgeltstufen eingruppiert. So starten beispielsweise Grundschullehrer*innen mit E11 bzw. A12, während Gymnasiallehrer*innen mit E13 bzw. A13 eingruppiert werden. Konkret bedeutet das Bruttoeinkommensunterschiede im Einstiegsamt von bis zu 460€ brutto. Selbstverständlich unterscheiden sich die verschiedenen Berufsbilder signifikant voneinander. Allerdings haben diese Berufe eines gemeinsam; die bestmögliche Förderung von jungen Menschen. In dieser Frage zeichnet sich eine weitere Perspektive ab. Während Grundschulen zu einem sehr großen Anteil mit Frauen besetzt sind, ist die Verteilung der Geschlechter unter den Gymnasiallehrer*innen signifikant anders zugunsten der Männer. An der Bezahlung

der unterschiedlichen Lehrämter wird eine generelle Problematik offensichtlich, die durch Gewerkschaftsstudien untermauert wird. Berufe, die weiblich dominiert sind, werden schlechter vergütet, als männerdominierte Berufsbilder. Die ungleiche Bezahlung wirkt sich weiterhin auf die Bereitschaft einen entsprechenden Beruf zu erlernen aus. So zeichnet sich zum Beispiel schon jetzt ein großer Mangel an Regelschullehrer*innen in Thüringen ab. Im Zuge der Einführung der Thüringer Gemeinschaftsschule (TGS) verschärft sich das Problem. Hier arbeiten verschiedene Lehrämter an einer Schule und unterrichten die gleichen Kinder. Diese Tatsache wirkt sich nicht selten negativ auf das Klima im Kollegium aus. Die Jusos Thüringen fordern daher die einheitliche Eingruppierung aller Lehrämter auf A13 als Einstiegsgehalt/Einstiegsamt, da gleichwertige Arbeit gleich vergütet werden muss.

B4 - DaZ - Klassen in Thüringer Schulen und Kindertageseinrichtungen

Die Jusos Thüringen fordern die Einführung der Deutsch-als-Zweitsprache-(DaZ)-Klassen in allen staatlichen Schulen sowie Kindertageseinrichtungen und Vorschulbereichen. Sprache ist unser Werkzeug und dient der Kommunikation, die für uns alle ein Grundbedürfnis darstellt. In Thüringen hat die Zahl der Kinder, die Deutsch nicht als erste Sprache erlernen, stark zugenommen. Dadurch besteht nicht nur ein Bedarf, den Kindern DaZ-Unterricht in den Schulen, sondern bereits im vorschulischen Bereich zu ermöglichen. Nur so kann ein optimaler Start im deutschen Bildungssystem ermöglicht werden und die Integration vollumfänglich gelingen. In diesem Sinn müssen pädagogische Fachkräfte eingestellt werden, die den besonderen Umständen, in denen die Kinder leben, gebührend Rechnung tragen. Die Grundpfeiler für eine positive Kindesentwicklung können so geschaffen werden.

B8 - Unterstützung der europäischen Internet-Charta: Vorgestellt im Rahmen der re:publica am 9. Mai 201

Tim Berners-Lee entwickelten 1989 an der Forschungseinrichtung die Grundlage des World Wide Web (WWW). Zwei Jahre später machte er den Entwurf eines Hypertext-Dienstes öffentlich und weltweit verfügbar. Das war die Geburtsstunde des Internets, das wir heute kennen und tagtäglich benutzen. Seit dieser Zeit hat sich das weltweite Netz und die damit verbundenen Geräte enorm weiterentwickelt und sind untrennbar mit unserem gesellschaftlichen und sozialen Leben verbunden. Gerade in Zeiten von Smartphones, Tablets und modernen Notebooks können wir immer und überall online sein. Es ist Teil unserer Kultur unserer Arbeitswelt, unserer politischen Willensbildung und unserer sozialen Interaktion. Diese Entwicklungen

der Digitalisierung führt zur Veränderung unserer Existenz und stellt Grundrechte und demokratische Grundprinzipien vor neue Herausforderungen und Risiken. Im digitalen Zeitalter ist eine zivilgesellschaftliche Debatte entstanden, die sich immer weiter fortsetzt und der wir als Jusos aktiv mitdiskutieren. In dieser Debatte geht nicht weniger darum, den Zugang zum Internet als Grundbedürfnis anzuerkennen und gerade die Gestaltung unserer digitalen Welt als europäische Aufgabe zu sehen. Europa muss es gelingen, vereint Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im 21. Jahrhundert zu erhalten.

Daher unterstützen und positionieren sich die Jusos Thüringen für die Bemühungen und das Streben nach einer europäischen Internet-Charta, die in Anerkennung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der europäischen Menschenrechtskonvention, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Grundrechts- und Datenschutzstandards der Europäischen Union und Ihrer Mitgliedstaaten, fest entschlossen sind:

- Grundrechts- und Demokratieprinzipien im Netz durch das Recht zu schützen,
- staatliche, sowie private Akteure im Netz grundrechtlich zu verpflichten
- das digitale Netz nicht als Quelle der Angst verkommen zu lassen und es als Instrument eines guten Lebens in unserer globalisierten Welt zu nutzen. Damit wird ein Fundament einer rechtstaatlichen Ordnung in einer digitalisierten Welt geschaffen.

Die Internet-Charta bieten die beste Chance, das Internet als gleichberechtigten Gesellschaftsraum anzuerkennen und jeden den Zugang zu ermöglichen. Wir sind überzeugt davon und fordern, dass alle Menschen sich mit gleichermaßen ausgestatteten Rechten und Pflichten im Netz bewegen können. Eine analoge Sozialdemokratie muss ebenso auch eine digitale Sozialdemokratie sein. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität muss alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringen und für jeden erreichbar sein. Diese Chance bietet uns das digitale Netz mehr denn je. Für ein Recht auf freien Zugang zum Internet.

B9 - Gegen den Beschluss zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz: Erhaltung der Meinungsfreiheit und Anonymität im Netz!

Hass und Hetze im digitalen Netz müssen wirksam innerhalb und außerhalb des Netzes entgegengetreten werden. Soziale Netzwerke dabei aber zu den Entscheidern von Meinung zu erheben und sie so zur Polizei für Inhalte im Netz zu machen, ist dabei der falsche Weg. Eine Weitergabe von Bestandsdaten für Online-

Dienste an Private zu erlauben, geht dabei ebenfalls in eine völlig falsche Richtung. Ermittlungen gegen Straftaten und die Bekämpfung strafbarer Inhalte sind staatliche Aufgaben. Diese privaten Unternehmen zu überlassen, birgt ein hohes Missbrauchsrisiko und gefährdet die Meinungsfreiheit im digitalen Netz. Die Jusos können daher das Netzwerkdurchsetzungsgesetz nicht gutheißen. Nach einem ersten Referentenentwurf Mitte März stellte Bundesjustizminister Heiko Maas am 05. April 2017 einen leicht veränderten Entwurf für ein Netzwerkdurchsetzungsgesetz zur Bekämpfung von Hate Speech und Fake News vor, welcher vom Bundeskabinett beschlossen wurde. In diesem zweiten Entwurf wurde der Kreis, der von dem Gesetz erfassten Straftaten, deutlich erweitert. Zudem soll es nicht nur allein soziale Netzwerke, sondern sämtliche Telemedienanbieter erlaubt sein, zur Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten auch Privatpersonen Auskunft über Bestandsdaten ihrer Nutzer*innen zu geben.

Die jüngsten Veränderungen sehen auch vor, dass das Bundesjustizministerium allgemeine

Verwaltungsvorschriften für die Verhängung von Bußgeldern erlassen kann. Dies ist wohl eine Reaktion des Ministeriums auf die Bedenken, wonach die Androhung von Bußgeldern von einzelnen Verstößen gegen die Löschpflichten zu sehr strenger und rigider Löschraxis der Anbieter*innen beitragen könnte.

Die Jusos halten den aktuellen Entwurf des NetzDG für unvereinbar mit EU- und Verfassungsrecht und fordern daher:

1. Die Entscheidung darüber, welche Inhalte strafbar sind und welche nicht, gehört nicht in die Hände von Social-Media-Unternehmen, sondern in die von Staatsanwaltschaft und Gerichten.
2. Dies gilt umso mehr, als dass Nutzerinnen und Nutzer keinen Anspruch auf Veröffentlichung von Inhalten gegenüber den Unternehmen haben und die Unternehmen auch keine Bußgelder für die fälschliche Löschung rechtmäßiger Inhalte zu befürchten haben.
3. Für nicht hinnehmbar halten wir, im Hinblick auf die Meinungsfreiheit, die geplante Auskunftsbefugnis bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Sie soll für sämtliche Telemediendienste, also auch kleine und kleinste Online-Unternehmen gelten. Die mit der Auskunft verbundene juristische Prüfung dürfte gerade solche Anbieter*innen in der Regel massiv überfordern und zu einer deutlich freigiebigen Auskunftspraxis führen.

4. Es gilt zu verhindern, dass durch Auskunftspflichten der Anbieter*innen, Auskünfte missbraucht werden, um die Identität von politischen Gegnern, unliebsamen Kritikern oder anderen unerwünschten Personen im Netz aufzudecken und diese im realen Leben zu verfolgen und unter Druck zu setzen.

5. Als Reaktion auf die Verabschiedung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes durch das Bundeskabinett brachte eine breite Allianz von Wirtschaftsverbänden, netzpolitischen Vereinen, Bürgerrechtsorganisationen und Rechtsexperten mit einer Deklaration für Meinungsfreiheit ihre Kritik und Bedenken zum Ausdruck. Diese regten an, statt im Schnellschuss dieses Gesetz zu verabschieden, zeitnah einen runden Tisch einzurichten, an dem Vertreter*innen von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam daran arbeiten, wirksame und in rechtstaatlicher Hinsicht unbedenkliche Ansätze zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz zu finden. Die Jusos begrüßen diesen Vorschlag und sprechen sich für die Einrichtung eines runden Tisches gegen Hate-Speech und Fake-News im digitalen Netz aus.

Die Bekämpfung von Hassbotschaften und strafrechtlichen Inhalten ist eine der größten Herausforderungen im Netz. Es gilt natürlich dem entgegenzuwirken und geltendes Recht im digitalen wie im analogen Bereichen unserer Gesellschaft zu schützen. Digitales und analoges Leben verwachsen immer und immer mehr mit einander und Veränderungen und Schranken in einem der Bereiche wirken sich ebenso im Anderen aus. Wenn wir Rechte und Pflichten im digitalen Netz beschränken und die Entscheidung, was Recht und Unrecht ist, aus unseren staatlichen Händen in die von Privatunternehmen und Konzernen legen, könnte das der erste Schritt dazu sein, unsere Errungenschaften von Staat und Demokratie zu verlieren.

B10 - Stiftungshochschulen sind keine Alternativen!

Die Jusos Thüringen sprechen sich gegen die Einrichtung von Stiftungshochschulen in jeglicher Form aus. Der gegenwärtige Spartrend in der Haushaltspolitik macht auch nicht vor den Hochschulen halt. Sinnvolle Debatten zur Ausfinanzierung und Gestaltung von Hochschulen dürfen deshalb nicht durch das Aufwerfen von fadenscheinigen und kurzfristigen Alternativen torpediert werden. Lehre und Forschung leiden unter den Zwängen der gegenwärtigen Austeritätspolitik. Ihre Folgen sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, marode Gebäude und schlechte Ausstattung. Also müssen wir mit Engagement und Weitsicht nach Lösungen suchen, welche die Qualität von Forschung und Lehre verbessern und die Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen innerhalb der Hochschulen ausbauen.

Finanzierung der Hochschulen

Die Umwandlung öffentlicher Hochschulen in Stiftungshochschulen ist ein Modell, welches oft in Debatten der Hochschulfinanzierung auftaucht. Die Hochschule kann als Stiftungsuniversität, theoretisch unbegrenzt Eigenkapital generieren und sowohl Spenden, als auch Zinserträge zur Mitfinanzierung der Hochschule benutzen. Auch wenn das Konzept der Stiftungsuniversität auf den ersten Blick attraktiv erscheinen mag, so ändert es nichts an den elementaren Finanzierungsproblemen der Hochschulen. Die Generierung von Eigenkapital ist zum einen nur eine kurzfristige Finanzierungsmaßnahme, zum anderen stellen die Gelder keine regelmäßige und konstante Einnahmequelle dar. Um die Qualität von Hochschulen effektiv ausbauen zu können, bedarf es allerdings einer langfristigen und kontinuierlichen Finanzierung. Nur so können beispielweise unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht werden und dadurch auch den Ansprüchen an faire Arbeitsbedingungen und hohe Forschungs- und Lehrqualität gerecht werden. Abgesehen von der generellen Verfehlung des derzeitigen Hochschul-Finanzierungskonzepts, mangelt es in einer eher wirtschafts- und finanzschwachen Region wie Thüringen an strukturellen Grundlagen, um eine privat organisierte Förderung neben der staatlichen Finanzierung aufzubauen.

2019 wird der Solidarpakt II aufgekündigt und auch der Hochschulpakt 2020 wird 2023 auslaufen. Die Thüringer Hochschullandschaft wird folglich auf weitere langfristige Fördermittel verzichten müssen. Auch das Modell der Stiftungsuniversität kann den Verlust der langfristigen Fördermittel nicht kompensieren. Aus diesem Grund ist es unumgänglich, endlich den Weg für eine Lockerung des Kooperationsverbots frei zu machen! Nur durch einen unbefristeten Hochschulfinanzierungsvertrag zwischen Bund und Ländern kann die Zukunft und Qualität der Hochschulen gesichert werden.

Demokratisierung von Hochschulen

Der Gesetzesentwurf des neuen Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) sieht bereits einige Verbesserung der Mitbestimmung der verschiedenen Statusgruppen an der Hochschule vor. Nicht nur Studierende, sondern auch wissenschaftliche und technische Angestellte erlangen über die paritätische Besetzung der Gremien und die Stärkung der Befugnisse des Senats, die Chance sich stärker an den politischen Willensbildungsprozessen an der Hochschule zu beteiligen. Die Einrichtung einer Stiftungshochschule würde dieser Stärkung der demokratischen Strukturen entgegenwirken.

Die Entscheidungsstrukturen in einer Stiftungshochschule sind auf den Stiftungsrat ausgerichtet. Damit bekommen einige wenige, demokratisch nicht legitimierte Personen sehr hohe Verfügungsgewalt über die Geschicke der Hochschule. Der Senat würde viele seiner Kompetenzen verlieren und die Beteiligung der Statusgruppen geradezu obsolet. Auch ergeben sich Zweifel bezüglich der Transparenz der zukünftigen Entscheidungsprozesse, da die Gewaltenteilung der verschiedenen Hochschulgremien abnehmen würde. Die Zusammensetzung des Stiftungsrates der Hochschule in Göttingen zeigt, wie gefährdet das aktuelle Maß an Mitbestimmung ist. Denn in Göttingen hat man es geschafft, die Vertreter*innen der meisten Statusgruppen der Hochschule aus dem höchsten Organ, also der Stiftung selbst, zu verdrängen. Studierenden, welche sich mit Rede- und Antragsrecht in die Entscheidungen der Stiftung einbringen können, sind hier formal gar nicht mehr vorgesehen. Der Senat darf lediglich eine*n Vertreter*in in den Stiftungsausschuss „Universität“ entsenden und ist, da der Stiftung die Dienstherreneigenschaften gänzlich übertragen wurden, völlig von der Stiftung abhängig, ohne angemessen auf sie einwirken zu können. (Siehe: <http://www.uni-goettingen.de/de/modell-der-stiftungsuniversitaet/99852.html>). Wir Jusos, die bereits seit deren Einführung die Hochschulräte dafür kritisieren, dass sie wichtige Entscheidungen, ohne den Einbezug aller Statusgruppen, beispielsweise der Studierenden, fällen können, sehen in der Stiftung die Vollendung einer Implementierung eines allmächtigen „Aufsichtsrates“, welcher die Universität kontrolliert und den Senat in seinen Mitspracherechten erheblich beschneidet.

Im Rahmen der Diskussionen um die Novelle des ThüHG, als auch bei den Diskussionen um die Stiftungsuniversitäten konnten wir wiederholt eine Ablehnung der FSU Hochschulleitung gegenüber der Einführung der paritätischen Besetzung des Senats feststellen. Dieses konkrete Beispiel dieser Debatte in Jena, zeigt massiven Unwillen von Seiten der Hochschulleitung, sich demokratischeren Hochschulen zu öffnen und die Privilegien der Professor*innen in die verstaubte Mottenkiste des 20. Jahrhunderts zu verbannen. Die Einrichtung der Stiftungsuni ist ein Manöver, um den Unwillen durchzusetzen.

Hochschulautonomie, Verwaltung und Arbeitnehmer*innenrechte

Im Kontext der Freiheit von Lehre und Forschung kämpfen wir Jusos für eine möglichst unabhängige, aber dennoch offene und vernetzte Hochschullandschaft. Wir bewerten das Argument der Hochschulen nach mehr Autonomie im Diskurs um die Stiftungshochschulen als überaus kritisch, da sich die Frage stellt, zu wessen Gunsten sich die Hochschulen vom Land loslösen wollen. Im Falle der FSU

Hochschulleitung ist das erklärte Ziel, ein Autonomiegewinn zu Gunsten des Präsidiums und des Hochschul- bzw. Stiftungsrats. Dies lehnen wir allerdings konsequent ab! Anstatt also mit dem Gesetz- und Geldgeber eine ordentliche Kommunikation zu pflegen und neue Ideen zu diskutieren, lässt man nichts unversucht, um sich von der Aufsicht der Landesregierungen zu lösen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist auch die Übertragung der Bau- und Dienstherreneigenschaften auf die Hochschulen. Die Übertragung der Bauherreneigenschaften könnte für die Hochschulen und die betroffenen Städte tatsächlich positive Aspekte mit sich bringen. Allerdings würde dies die Hochschulen auch mit einem deutlich höheren personellen und administrativen Aufwand und damit unkalkulierbaren zusätzlichen Kosten konfrontieren. Eine Stiftungshochschule kann aus dem Anspruch heraus, weitestgehend autonom zu planen, zu bauen, etc., Vertreter*innen der einzelnen (Status-) Gruppen der Hochschule und der Stadt von ihren Bauvorhaben jedoch ausschließen und somit die demokratisch legitimierten Akteur*innen umgehen. Zudem ist die eigenverantwortliche Gebäudeverwaltung und das zumindest teilweise Übergeben der Liegenschaften auch ein Risiko, da die Stiftungshochschule somit auch für die Instandhaltung der oft auch baufälligen Gebäude zuständig wäre. Die Dienstherreneigenschaften auf die Hochschulen zu übertragen bedeutet darüber hinaus einen Einflussverlust für die zuständigen Ministerien und die Landesregierungen.

Durch die Einführung der Stiftungsuniversitäten erschweren sich auch die Bedingungen für die Arbeitnehmer*innenrechte an Hochschulen. So wird ein Veto-Recht gegenüber umstrittenen Berufungen, als auch die mögliche Einführung eines „Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen“ (dessen Entwicklung gerade von der GEW gefordert wird) an einer Stiftungsuniversität nicht mehr möglich sein. Dies liegt darin begründet, dass sich die Hochschulen sonst in ihrer Autonomie empfindlich gestört sehen könnten. Zuletzt kann ebenfalls davon ausgegangen werden, dass die Hochschulen dem verstärkten Aufkommen von prekärer Beschäftigung damit Tür und Tor öffnen. Grund dafür ist die veränderte Rechtsform der Hochschule, da sie als Stiftung des öffentlichen Rechts, nicht mehr zwangsläufig an den Tarifvertrag der Länder (TV-L) gebunden ist.

Schlussfolgerung

Das Modell der Stiftungsuniversitäten kann nicht zur erhofften effizienten und langfristigen Finanzierung der Hochschulen beitragen. Sie trägt nicht zum Ausbau von Demokratie und Transparenz an den Hochschulen bei, sondern wirkt ihm sogar

entgegen. Sie schmälert die Kontrolle der Länder und begünstigt prekäre Arbeitsverhältnisse.

Eine Hochschulpolitik, die versucht Demokratie und Arbeitnehmer*innenrechte abzubauen wird von uns nicht mitgetragen! Wir sprechen uns daher gegen die Einführung von Stiftungsuniversitäten in Thüringen und jede Form von Privatisierungstendenzen an Hochschulen aus!

Es braucht einen langfristigen Finanzierungsvertrag zwischen Bund und Ländern, sowie die Demokratisierung von Hochschulen durch einen paritätisch besetzten Senat. Nur so können wir der Idee von demokratischen, transparenten und offenen Hochschule gerecht werden.

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf sich zusammen mit ihren Koalitionspartner*innen für Regelungen einzusetzen, welche die Einrichtung von Stiftungshochschulen reguliert. Die Möglichkeiten sich den gewollten politischen Anpassungen des ThürHG zu entziehen müssen beschränkt werden! Das bedeutet vor allem, dass weder die Demokratisierung der Hochschulen noch gute unbefristete Arbeitsverhältnisse unterlaufen werden dürfen!

SOZIALES & WOHNEN

C1 - Leitlinien jungsozialistischer Stadtpolitik

Ein immer größer werdender Teil der Menschen lebt in Städten. Auch in Deutschland liegt der Anteil der Bevölkerung der in Städten lebt, bei rund 75%. Politik, die die Stadt betrifft hat also einen Einfluss auf einen Großteil der Bevölkerung. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Umso wichtiger ist es, nicht nur das politische Handeln im Allgemeinen, sondern grade für Städte einen politischen Orientierungsrahmen zu besitzen. Über einen Politischen Orientierungsrahmen für die Stadt haben die Jusos Thüringen auf dem Verbandswochenende in Gießübel am 12.-14.5.17 gesprochen.

Im Folgenden wollen wir Ziele und Ansprüche an die Stadt, die Politik und an die Verteilung davon sowie Zugang dazu festlegen. Ausgangspunkte für diese Überlegungen sind die Theorien des Rechts auf Stadt sowie die Kritik an heteronormativer Stadtplanung. Das Recht auf Stadt wird von uns als reformpolitischer Forderungskatalog aufgefasst, den wir an den entsprechenden Stellen um- und durchsetzen wollen. Zeitgleich versuchen wir unsere Forderungen

durch aktives Handeln zu leben und für außerparlamentarische Veränderungen zu sorgen, ganz ähnlich der Doppelstrategie der Jusos. Eine spanische Bewegung, die PAH (Plattform der Hypothekbetroffenen) ist hier als mögliches Vorbild zu nennen. Angefangen hat diese Bewegung als solidarische Hilfsplattform, um sich gegen die Vertreibung aus Wohnungen zu beraten und einzelne Aktionen dagegen zu unternehmen. Der Bewegung gelang es, Menschen aus vielen politischen Lagern anzusprechen und zu bündeln. Die Bürgermeisterinnen von Madrid und Barcelona entstammen beide aus dieser Bewegung.

Die Stadt ist für uns ein Raum, der nicht lediglich dazu dient kapitalistische Prozesse und Auswüchse zu erleiden und abzubilden. Vielmehr ist er Lebensraum. Die Einrichtungen einer Stadt dienen dazu, allen Menschen die Qualitäten und Ressourcen einer Stadt zu gewähren. Dabei handelt es sich um Bildungseinrichtungen, Orten der Kultur, Plätze und Parks für die Erholung, sowie auch öffentliche Räume um anderen Menschen zu begegnen und in einen Austausch mit diesen zu treten. Das Recht auf Stadt beinhaltet für uns eine Garantie für politische Teilhabe. Die Bewohner*innen haben nicht nur ein Besuchsrecht auf ihre Städte, sondern sie haben ein Recht mitzubestimmen, wie sie gestaltet werden und was in ihnen geschieht. Das Recht auf Stadt bedeutet für uns das Recht anders zu sein. Egal welcher sexuellen Orientierung, welcher Religion, welcher Hautfarbe oder Klasse eine Person angehört: all das darf nicht nur in einer Stadt existieren, nein viel eher existiert die Stadt nicht ohne die Unterschiede. Damit verbindet sich für uns Solidarität und Unterstützung mit sogenannten Marginalisierten, der LGBTQI*-Bewegung, People of Color und Menschen mit Behinderung. Ganz pragmatisch enthält das Recht auf Stadt auch ein Recht auf Wohnen. Dieses Recht alleine darf nicht ohne die anderen Rechte gedacht werden, da sich sonst Entwicklungen ergeben, die zu den Problemen der Stadt geführt haben, gegen die das Recht auf Stadt entwickelt wurde. Um allen Menschen das Recht auf Wohnen zu ermöglichen, brauchen wir viele verschiedene Ansätze. Neben den klassischen Ansätzen bezahlbaren und sozialen Wohnraum zu schaffen, muss die Möglichkeit geschaffen werden, ungenutzte und leerstehende Immobilien leichter zu enteignen. Ein anderer Ansatz wäre es, solche Gebäude durch Engagierte zu erhalten, die sich um den Erhalt und die Etablierung einer Nutzung kümmern, ähnlich den Wächterhäusern. Zum Wohnen gehört nicht nur die Wohnung.

Auch das Umfeld und Freiflächen sind wichtig, um gut zu Wohnen. Deswegen sollen ungenutzte Freiflächen temporär und langfristig für verschiedene öffentliche und konzeptionelle Nutzungen zur Verfügung stehen. Dabei dürfen keine rechtsfreien

Räume entstehen und vor allem keine Räume für Rechte! Der Zugang zu jeglicher Infrastruktur ist ein zentraler Aspekt des Rechts auf Stadt. Damit verbinden wir soziale Teilhabe und Daseinsvorsorge. Die Mobilität spielt eine Schlüsselrolle bei der Versorgung mit Infrastruktur. Nicht in jedem Stadtteil, nicht in jedem Dorf kann eine Oper oder Arbeiter*innenbildungszentrum zur Verfügung gestellt werden. Deswegen müssen Infrastruktur-Einrichtungen gut erreicht werden können und der Verkehr kostengünstig und langfristig kostenfrei sein. Infrastruktur beinhaltet auch Bildungseinrichtungen. Eine gute Ausstattung der Bildungsinfrastruktur ist für uns damit grundlegend für soziale Teilhabe und Beteiligung an der Stadt. Infrastruktur, Mobilität und Bildung stellen für uns maßgebliche Säulen der Stadt da. Um dies zu finanzieren fordern wir die Ausfinanzierung der Kommunen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können. Wir begreifen Städte als Abbild von Gesellschaft und ihrer Ideen.

Das heißt für uns nicht nur, dass sich hier Besitzverhältnisse, sondern auch Geschlechterrollen abbilden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich die patriarchalen und heteronormativen Vorstellungen und Rollenverteilungen im Städtebau wie öffentliche Raum, in den Grundrissen und Räumen der Wohnung und der Organisation der Verkehrssysteme über viele Jahrhunderte niedergeschlagen haben. Auch wenn es in der jüngeren Vergangenheit Fortschritte in der Gestaltung dieser Räume gegeben hat; die Strukturen der Vergangenheit sind prägend für unsere heutigen Städte und überwiegen vielerorts auch über neuartige, fortschrittliche Baustrukturen. Natürlich gibt es nun Möglichkeiten Räume, die einem ursprünglich patriarchalen und heteronormativen Denkmuster entsprungen weitaus weniger patriarchal zu übernutzen, dennoch muss dabei auch ein Fokus auf gerade aktuell stattfindenden Prozessen liegen. Denn in vielen Bereichen der Stadtplanung gibt es noch Prinzipien, die bereits vor 50 Jahren mit der Einführung unserer heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingeführt wurden und sich parallel zum kapitalistischen System bis in heutige Zeiten ziehen. Patriarchale und heteronormative Strategien und Grundlagen von Planung müssen daher schonungslos offengelegt werden. Für die Zukunft bedeutet dies, dass wir nicht nur die patriarchale Stadt überwinden sowie Ideen der feministischen Stadt anwenden und implementieren, sondern auch Ideen einer queeren Stadt entwickeln und diskutieren müssen. Unsere Stadt muss das Gleichgewicht einhalten zwischen gesellschaftlichen Fortschritt und individuellen Freiheiten. Zwischen einer Bewahrung von qualitativ hochwertigem Bestand und der Offenlegung patriarchaler und heteronormativer Strukturen. Zwischen größtmöglicher, moderner Mobilität und nachhaltigen verkehrlichen wie baulichen Strukturen. Wir wollen uns abwenden, von

den alten Prinzipien des Städtebaus und neue Wohnformen entwickeln, die unseren Ansprüchen genügen.

Wohnen soll organisiert sein um gemeinschaftliche Flächen und Bereiche, die von den Anwohner*innen gestaltet werden können. Wohnungen sollen die Möglichkeit bieten, die Zuschnitte der Zimmer anzupassen, um individuellen Ansprüchen zu genügen. Wir wollen unsere gesellschaftlichen Ansprüche und Visionen im öffentlichen und privaten Raum genauso wie im Verkehr verwirklichen.

C4 - Einführung einer Kindergrundsicherung

Die Jusos Thüringen fordern, die Einführung einer Kindergrundsicherung für in Armut lebende Kinder und Jugendliche zur Ermöglichung von Bildung, Sicherstellung von Lebensqualität, Entlastung der Eltern und Wahrung der Chancengleichheit.

C5 - Die Jusos Thüringen fordern:

die Einführung eines solidarischen Versicherungssystems für die Kranken- und Pflegeversicherung. Es soll durch die sogenannte Bürgerversicherung sichergestellt werden, dass ausnahmslos alle in Deutschland wohnhaften Menschen, unter Einbeziehung aller Einkunftsarten und ohne Beitragsbemessungsgrenze Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung leisten. Gleichzeitig können daraus alle in Deutschland wohnhaften Menschen im Versicherungsfall gleichwertige Leistungen beanspruchen. Bei Einführung der Bürgerversicherung wird die paritätische Finanzierung aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil wiederhergestellt. Die Beitragszahlung und der Leistungsanspruch der Bürgerversicherung bleiben davon unberührt.

C7 - Freier und fairer Zugang zu kulturellen Einrichtungen

In einer Gesellschaft in der die Chancengleichheit aller Bevölkerungsschichten unser Ziel ist, ist es undenkbar, dass diese Gleichheit schon bei dem Zugang zu kulturellen Einrichtungen, wie z.B. Theatern, Museen und Ausstellungen, aufhört. Wir fordern einen Beschluss, in den wir uns für ein „Kulturticket“ einsetzen, wodurch jedes Kind und jede*r Jugendliche zu günstigeren Konditionen das Theater, Musicals oder das Kino besuchen kann. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche nach französischem Vorbild bis zu einem Alter von 25 Jahren freien Eintritt zu öffentlichen Einrichtungen wie Museen, Ausstellungen, etc. erhalten. Grundsätzlich wollen wir kostenlosen Eintritt in staatlich geförderte Einrichtungen. Kulturelle Einrichtungen in privater Hand sind verpflichtet, für Kinder und Jugendliche günstigere Konditionen aus

eigener finanzieller Kraft bereitzustellen. Da aber die Preise zu kulturellen Einrichtungen immer weiter steigen, werden finanziell schwächer gestellte Familien, Studierende, Schüler*innen und Auszubildende wesentlich benachteiligt. Kultur trägt enorm zur Bildung und gestiegen Entwicklung von Kindern und jungen Menschen bei, da dadurch die Weiterentwicklung des Interesses an der Natur, Geschichte, Politik, Kunst und Musik gefördert wird. Leider nutzen sozial schwächer gestellte Familien diese Angebote kaum, da es oftmals für sie zu teuer ist. Dies betrifft oft auch Familien mit vielen Kindern.

JUGENDPOLITIK & DEMOKRATIE & PARTIZIPATION

D1 - Kostenloser erster Reisepass / Personalausweis / Kinderreisepass

Daher fordern die Jusos Thüringen einen kostenlosen ersten Personalausweis, einen kostenlosen Reisepass, sowie einen kostenlosen Kinderreisepass, sofern dieser beantragt wird, da mindesten ein Lichtbildausweis verpflichtend ist.

D2 - Kinderrechte ins Grundgesetz

1. Kinderrechte sind im Grundgesetz zu verankern

Die Jusos Thüringen fordern, die Prinzipien der Rechte von Kindern und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gemäß der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz (GG) zu verankern.

Kinder sind Träger von Rechten, sie sind Wesen mit eigener Menschenwürde und einem eigenen Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Das Bundesverfassungsgericht hat dies in der Vergangenheit bereits mehrfach festgestellt. Dennoch geht das aus dem Grundgesetz nicht hervor. Kinder sind im Grundgesetz lediglich als Bezugspunkt des Elternrechts, also als Objekte elterlicher Verantwortung, in Artikel 6 Absatz 2 und 3 GG erwähnt. Es gilt deshalb klarzustellen, dass unterschiedliche Schutzmechanismen das jeweilige Alter und den individuellen Entwicklungsstand von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen haben. Kinder sind nur bedingt eigenständig, weil sie auf Unterstützung durch andere angewiesen sind. Deshalb brauchen sie ein spezielles Kindergrundrecht, dass ihre besondere Stellung unterstreicht. Daraus muss deutlich erkennbar sein, dass die Rechte und das Wohl des Kindes bei allen es betreffenden Entscheidungen Vorrang hat.

Kinderrechte sind in vielen Gesetzen geregelt. Wir Jusos wollen, dass sie zusammen mit den wesentlichen System- und Werteentscheidungen ausdrücklich im Grundgesetz formuliert werden. Denn die Regelungen im Grundgesetz werden von Gesetzgeber, Verwaltung und Gerichten regelmäßig herangezogen. Die Grundrechte im GG sind die Basis unseres Rechtssystems. Kinderrechte müssen Verbindlichkeit erhalten, zu greifbaren Instrumenten in jeder Lebenssituation werden und gleichrangig neben anderen Grundrechten stehen. Damit wären Kinderrechte einklagbar. Kinder würden mit abnehmender Bedürftigkeit und wachsender Einsichtsfähigkeit an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Jedes Kind hätte Anspruch auf Gehör und Berücksichtigung seiner Meinung. Die Jusos Thüringen unterstützen aus den genannten Gründen den Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion, Artikel 6 GG um einen neuen Absatz zu ergänzen, der die Bestimmungen enthält:

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Seine Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Entwicklung in angemessene Weise zu berücksichtigen. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindergerechte Lebensbedingungen.“ Zudem ist die Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kindern gesetzlich zu verankern.

Mit der Verankerung der Kinderrechte im GG werden die Rechte und die Interessen von Kindern gegenüber dem Staat gestärkt. Auch die Rechte der Eltern erfahren eine Aufwertung, denn sie sind es, die die Interessen ihrer Kinder im Alltag vertreten und deren Rechte wirksam durchsetzen.

Der Vorrang des Kindeswohls verdeutlicht die Verantwortung von Staat und Eltern, sich bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten gegenüber Kindern an Kinderrechten zu orientieren. Dies bezieht sich auf Entscheidungen von Behörden, z.B. bei der Planung von Wohnvierteln, beim Straßenbau oder der Ausgestaltung des Lehrplans sowie Entscheidungen der Eltern für eine bestimmte Betreuungsform oder Schulbildung. Der Staat wird in die Pflicht genommen, Verantwortung zu tragen für kindergerechte Lebensverhältnisse und gleiche Entwicklungschancen.

Das Bekenntnis von einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat für Kinderrechte im Grundgesetz wäre ein deutliches Signal, dass alle diese Aufgabe sehr ernst nehmen und die Lebenswirklichkeit von Kindern weiter verbessern wollen.

2. Einrichtung von Ombudsstellen zur Beratung von Kindern und deren Familien bei jedem örtlichen öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Jusos Thüringen fordern die Einrichtung von Ombudsstellen bei jedem örtlichen öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Einvernehmen mit dem jeweiligen Jugendhilfeausschuss. Die Ombudsstellen sollen regelmäßige Sprechstunden in Anlaufstellen der Wohnsitzgemeinden (z.B. Kinderbüros, Kinder- u. Jugendzentren) gewährleisten und sich für die Wahrnehmung und Umsetzung der Interessen der Kinder einsetzen.

Bei der erforderlichen Novellierung des SGB VIII ist dieses Angebot als Pflichtleistung zu verankern.

3. Einberufung einer/eines unabhängigen Kinderrechtsbeauftragten des Bundes.

Zur besseren Koordinierung der Anlaufstellen und Vertretung beim Bund fordern die Jusos, die Ernennung einer/eines unabhängigen Kinderrechtsbeauftragten auf Bundesebene.

- a) Die/Der Kinderrechtsbeauftragte erhält die Kernaufgaben und Befugnisse,
- aktiv darauf hinzuwirken, dass sich Bundestag und Bundesregierung bei allen Gesetzesvorhaben und Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, von der UN-Kinderrechtskonvention und den Stellungnahmen des UN-Kinderrechtsausschusses leiten lassen;
 - auf die Verletzung oder mangelnde Beachtung der Kinderrechte durch staatliche Behörden aufmerksam zu machen und auf Abhilfe zu drängen;
 - durch Öffentlichkeitsarbeit und Initiativen zur Kinderrechtsbildung die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Kindern zu verbessern und ein Umfeld zu fördern, dass die Verwirklichung der Kinderrechte begünstigt;
 - den Stimmen und Sichtweisen der Kinder Gehör zu verschaffen, die Teilhabe von Kindern in der Gesellschaft zu fördern und gleiche Beteiligungsmöglichkeiten für benachteiligte Gruppen von Kindern anzustreben;
 - in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte sowie anderen wissenschaftlichen Einrichtungen sicherzustellen, dass Daten über die Lage der Kinder erhoben und publiziert werden;

- den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit jährlich über die eigenen Aktivitäten und Ergebnisse zu informieren.
- b) Die/Der Kinderrechtsbeauftragte erhält die Befugnisse:
- der Akteneinsicht, sowie weitere Einsichts- und Anhörungsrechte, um von den staatlichen Behörden sämtliche für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einholen zu können.
 - Ein Amtshilferecht, um Beschwerden von Kindern gegenüber Bundesbehörden, Bundesgerichten und dem UN-Kinderrechtsausschuss bzw. dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte rechtlich vertreten zu können.
- c) Für die Erfüllung ihrer/seiner Aufgaben, erhält die/der Kinderrechtsbeauftragte in einer spezifischen Haushaltsstelle des Bundes bedarfsgerecht Mittel.
- d) In Abstimmung mit den Ländern und Kommunen ist deren Zusammenarbeit mit der/ dem Kinderrechtsbeauftragten des Bundes zu definieren.

4. Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen und auf Landesebene

Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, sind die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die dafür nötigen Strukturen, z. B. in der Kinder- und Jugendhilfe, im Bildungssystem oder im öffentlichen Freizeitbereich sind bereitzustellen sowie der Zugang für Kinder und Jugendliche zu sichern.

Die Landes- und Kommunalfinanzen sind derart zu gestalten, dass die Aufgaben von Ländern und Kommunen zur Unterstützung und Stärkung der Beteiligung, der Selbstorganisation von und der Angebote für Kinder und Jugendliche, bedarfsgerecht verlässlich und langfristig als Pflichtleistungen der Kommunen und des Landes gewährleistet werden.

Die Jusos Thüringen fordern deshalb, einen bedarfsgerechten Anteil in Höhe von mindestens 10 % aller im Rahmen des SGB VIII eingesetzten Finanzmittel für die zuvor genannten Zwecke - im jetzigen Rechtsrahmen des SGB VIII insbesondere die §§ 11, 12 - festzuschreiben.

D3 - Neuer Rundfunkstaatsvertrag für Onlinemedien

Die Jusos Thüringen fordern einen neuen Rundfunkstaatsvertrag, der neue Onlinemedien berücksichtigt.

In den vergangenen Monaten gab es auf den Onlineportalen YouTube und Twitch einen großen Aufruhr bezüglich des in Deutschland geltenden Rundfunkstaatsvertrages. Grund war die Überprüfung von mehreren Streamingkanälen, darunter von den bekannten Youtubern und Streamern Pietsmiet und Gronkh, durch die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalten auf die Notwendigkeit einer Rundfunklizenz für deren Medienangebot. Im genauen wurden ihre Kanäle, welche zum Teil 24 Stunden 7 Tage die Woche live ein Programm sendeten, als Rundfunk eingestuft. Diese Einschätzung basiert auf einem für diese Medien nicht ausgelegten Rundfunkstaatsvertrag, weshalb wir fordern, dass dieser unbedingt und schnellstmöglich einer Neuerung bedarf und auf die Onlinemedien angepasst werden muss!

Bei diesem Problem geht es nun konkret um die Frage, welches Angebot im Internet als Rundfunk eingestuft werden kann und was dies für die Zukunft für das Livestreaming bedeutet. Betroffene werden in Zukunft nicht nur sogenannte Let's Player*innen auf den Plattformen YouTube und Twitch sein, sondern auch Nachrichtenseiten, Unternehmen oder Vereine, welche auf den Portalen Facebook Live, Instagram oder Snapchat streamen. Die Definition für den Rundfunk und die damit verbundenen Voraussetzungen an die Streamer*innen sind laut Rundfunkstaatsvertrag bisher „ein linearer Informations- und Kommunikationsdienst, der sich an die Allgemeinheit richtet. Er verbreitet ausgewählte Angebote, die Nutzer*innen weder zeitlich noch inhaltlich beeinflussen können, entlang eines Sendepfades.“. Tatsächlich treffen einige im Vertrag erwähnten Punkte auch auf Onlinestreams zu. So werden Streams meistens live, also linear gesendet und es können mehr als 500 Zuschauer*innen zeitgleich den Stream verfolgen, dabei geht es nicht darum, ob wirklich über 500 Zuschauer*innen den Stream verfolgen, sondern ob es lediglich technisch möglich wäre. Weiterhin findet durch die Kommentierung eine „redaktionell-journalistische Gestaltung“ statt und die Streams finden häufig regelmäßig beziehungsweise dauerhaft statt, es liegt also ein gewisses Sendeschema vor.

Wenn letztendlich alle der Kriterien erfüllt werden, kostet eine solche Rundfunklizenz zwischen 1.000€ und 10.000€, welche durch viele Streamer*innen nicht aufgebracht

werden können. Zudem müssten Diese weiterhin einen Jugendschutzbeauftragte*n anstellen, welcher das Programm überwacht.

Diese Anforderungen, welche heute im Fernsehen und im Radio Anwendung finden, können und dürfen nicht auf teilweise Privatpersonen in den Onlinemedien angewendet werden, weshalb der Rundfunkstaatsvertrag dringend auf die neuen Medien angepasst werden muss!

ARBEIT

E3 - Einheitliches Tarifsysteem für den ÖPNV

Die Jusos Thüringen fordern die Landesregierung auf ein einheitliches Tarifsysteem für den ÖPNV im Freistaat Thüringen zu integrieren. Durch dieses würde die Attraktivität für den ÖPNV erhöht und zudem die unterschiedlichen Tarifsysteme einheitlich vereint.

E6 - Care-Revolution!

Die Jusos Thüringen fordern die gesellschaftliche Teilung von Reproduktionsarbeit und Produktionsarbeit zu überwinden. In unserer Gesellschaft konzentriert sich der Arbeitsbegriff auf die Erwerbsarbeit. Wer also beispielsweise in einem Lohnarbeitsverhältnis steht und durch ihre*seine Tätigkeit einen Mehrwert generiert oder etwas produziert, verrichtet Arbeit. Im BIP wird Care- und Reproduktionsarbeit nicht widerspiegelt. Wenn man also jeden Tag mehrere Stunden der Pflege der eigenen Großmutter widmet, wird das nicht als geleistete Arbeit erfasst.

Sorgearbeit wird in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht unter klassischer Erwerbsarbeit kategorisiert und in das Private gedrängt. Kindererziehung, Pflege älterer Familienangehöriger oder Hausarbeit erledigen wir nach unserer Erwerbsarbeit. Diese Tätigkeiten werden unbezahlt verrichtet und bleiben im Arbeitsbegriff unserer Gesellschaft unsichtbar. Die Anforderungen an die Individuen, durch unter anderem die Doppelbelastung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, steigen. Ruhepausen, um unsere Gesellschaft mitzugestalten und sich aktiv einzubringen, finden die wenigsten.

Dazu kommt, dass öffentliche Dienstleistungen, wie Kindergarten, Schule oder medizinische Versorgung immer mehr privat finanziert werden müssen. Daher fordern die Jusos Thüringen den Ausbau der sozialen Infrastruktur. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen darf kein Privileg der Reichen sein und somit die

Klassengesellschaft befördern. Sorgearbeit darf nicht einer kapitalistischen Logik unterliegen und unter einem profitmaximierenden Kalkül betrachtet werden. Sie muss angemessen entlohnt, Fachpersonal und qualifizierte Arbeit müssen anerkannt werden. Darüber hinaus fordern wir eine Arbeitszeitverkürzung auf die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, damit allen Menschen die Vereinbarkeit von Produktions- und Reproduktionsarbeit ermöglicht wird.

Die staatliche Kostensenkungspolitik in diesen Bereichen befördert die politisch-ökonomische Krise sozialer Reproduktion. Diese Krise macht den Widerspruch sichtbar, dass es ohne Reproduktionsarbeit auch keine Produktionsarbeit geben kann. Gleichzeitig gilt die Reproduktionsarbeit im Kapitalismus als wertlos, obwohl sie dessen Erhalt sichert.

Aktuell wird Sorgearbeit deutlich zu schlecht bezahlt, was zum einen dazu führt, dass sich in Care-Berufen soziale Ungleichheit verfestigt und zum anderen zu einer rassistischen Arbeitsteilung. Migrantische Care-Arbeiter*innen aus dem globalen Süden werden zu Billiglöhnen angeworben und ausgebeutet. Um die Löhne möglichst niedrig zu halten, werden die Care-Arbeiter*innen oft in illegale Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Daher fordern wir zu globalem Denken auf. Wir dürfen unsere Probleme nicht in andere Länder exportieren!

Care- und Reproduktionsarbeiten dürfen genauso wenig einer patriarchalen Logik unterliegen. Fürsorgearbeiten werden überwiegend von Frauen* übernommen mit der Argumentation, dass sie es besser können und diese Tätigkeiten in ihrer Natur liegen. Somit verfestigt sich in Care-Berufen eine geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und durch die schlechte Bezahlung dieser Berufe auch ökonomische Unterschiede zwischen Frauen* und Männern*.

E7 - Möglichkeiten der schnelleren Integration von Geflüchteten bzw. Migranten in den Arbeitsmarkt

Um Geflüchteten bzw. Migranten die Möglichkeit zu geben sich schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, setzen sich die Jusos Thüringen für folgende Maßnahmen ein:

- Beim Nachweis einer Berufsausbildung im Heimatland, welcher aber nicht in Deutschland anerkannt ist, sollten Geflüchteten bzw. Migranten die Möglichkeit haben, zunächst eine Berufsqualitätsprüfung zu machen, um dann zu entscheiden, ob eine komplett neue Ausbildung in diesem Beruf in Deutschland von Nöten ist.

- Ist keine komplett neue Berufsausbildung nötig, sollte je nach vorhandenen Fähigkeiten des Geflüchteten bzw. Migranten eine Qualifikationsphase von einem halben bis ganzen Jahr eingeführt werden, in welche die*der Geflüchteten bzw. Migranten eingearbeitet wird und die Chance bekommt, eventuelle Lücken aufzufüllen, wodurch sein Berufsabschluss anerkannt werden kann.

Es ist für Geflüchtete bzw. Migranten, den Staat und die Gesellschaft sehr wichtig, dass eine gelungene Integration stattfindet. Zur Integration gehört auch eben diese in den Arbeitsmarkt. Durch eine Integration in den Arbeitsmarkt kann die*der Geflüchtete bzw. Migranten ihr*sein eigenes Geld verdienen und unabhängiger leben. Zusätzlich wird die soziale Stellung der*des Geflüchteten bzw. Migranten besser und es entsteht über die Arbeit der Kontakt zu Kollegen*innen. Außerdem kann die*der Geflüchtete bzw. Migranten ihre*seine sprachlichen Fähigkeiten (welche nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Integrationskurs mindestens auf B1 Niveau sind) verbessern. Nicht zu vernachlässigen ist außerdem die menschliche und seelische Bedeutung für eine*n Geflüchtete*n bzw. Migranten, eine Arbeit zu finden und sich auch darüber in einem fremden Land zu integrieren.

Für den Staat ist es wichtig, dass genügend Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt sind. Da aktuell in einigen Branchen ein Mangel an Fachkräften herrscht, könnte dieser durch Geflüchtete bzw. Migranten ausgeglichen werden. Zusätzlich werden soziale Konflikte im Staat vermieden, wenn Geflüchtete bzw. Migranten besser integriert werden. Die aktuelle Lage in Deutschland ist so, dass Geflüchtete bzw. Migranten mit einer im Ausland abgeschlossenen Berufsausbildung diese nachweisen müssen. Wird der Berufsnachweis in Deutschland anerkannt, darf die*der Geflüchtete*n bzw. Migranten in Deutschland arbeiten, sofern weitere Bedingungen dazu erfüllt sind (z.B. Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Absolvieren eines Integrationskurses). Berufsabschlüsse aus einigen Ländern wie beispielsweise Syrien werden in Deutschland allerdings nicht anerkannt. Da allein im Zeitraum von Januar bis April 2017 22,2% der Erstasylanträge von Menschen aus Syrien und der Arabischen Republik (Quelle: BAMF) kommen, ist es wichtig diese Integrationshürde zu überwinden. Wird der Berufsabschluss in Deutschland nicht anerkannt, so muss die*der Geflüchteten bzw. Migranten nochmal eine komplett neue Ausbildung machen, um in diesem Beruf arbeiten zu dürfen. Dies bremst die Integration von Geflüchteten aus. Außerdem kann dies dazu führen, dass die Integrationsmotivation der Geflüchteten verringert wird. Daher ist eine Beschleunigung der Integration in den Arbeitsmarkt wichtig. Die oben genannten Maßnahmen sollen zu einer solchen

Beschleunigung führen. So kann durch die Qualitätsprüfung festgestellt werden, ob eine erneute Berufsausbildung überhaupt nötig ist, falls der Abschluss nicht anerkannt wird. Für eine solche Prüfung müssten von den entsprechenden Berufskammern Standards festgelegt werden. Ist keine neue Berufsausbildung nötig, so greift eine Kompromisslösung. Geflüchtete haben die Möglichkeit, durch die Prüfung in seinen Fähigkeiten beurteilt zu werden, um dann je nach Beurteilung eine Qualifikationszeit von einem halben bis einem ganzen Jahr zu durchlaufen. Diese Zeit ist geeignet, um die Geflüchteten bzw. Migranten in den Beruf einzuarbeiten und ihnen die Gelegenheit zu geben, sich die Fähigkeiten anzueignen, welche nach deutschen Standards vorausgesetzt sind. So erreichen Geflüchteten bzw. Migranten in verkürzter Zeit die Ausbildungsstandards, welche in Deutschland erforderlich sind und der Berufsabschluss kann anerkannt werden.

Alles in allem würden diese Maßnahmen die Geflüchteten bzw. Migranten also effektiver und schneller in den Arbeitsmarkt integrieren. Trotzdem wird durch die Kompromisslösung garantiert, dass die in Deutschland festgelegten Standards eingehalten werden.

E8 - Sei politisch, SPD!

Für eine gerechte und solidarische Verteilung von Arbeit!

Mit der Agenda 2010 hat die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder die neoliberale Ideologie der 1980er Jahre auch im hiesigen Sozialstaat fest verankert. Sie war in mehrfacher Hinsicht falsch. Falsch, weil sie die Bedeutung des Sozialstaates als vorsorgende und sicherheitsstiftende Institution in ihr Gegenteil verkehrt hat. Falsch, weil sie die Verhandlungsposition von Millionen Menschen gegenüber dem Kapital nachhaltig verschlechtert hat. Falsch, weil Arbeitnehmer*innen seither gezwungen sind, jeden zumutbaren Job anzunehmen, auch wenn er nicht ihrer Qualifikation entspricht oder die Versicherungsleistungen insbesondere beim Abrutschen in die Langzeitarbeitslosigkeit keinesfalls existenzsichernd sind. Und sie war falsch, weil die darin enthaltenen Maßnahmen schon damals nicht mit den sozialdemokratischen Grundwerten und den Zielen der Arbeiter*innenbewegung übereinstimmte: Die SPD hat sich immer als Arbeitnehmer*innenpartei verstanden. Diese Grundmotivation hat sie mit der Agenda verlassen. Die Agenda 2010 hat uns in unserem Kampf für eine soziale und gerechte Gesellschaft um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückgeworfen.

Wem nützt die Agenda?

Das Machtgefälle zwischen Arbeit und Kapital hat sich mit den Agenda-Reformen deutlich auf die Seite des Kapitals verschoben. Unter dem Schlagwort „Fördern und Fordern“ wurde die Verantwortung für die eigene Teilhabe am Arbeitsmarkt einseitig auf die Arbeitnehmer*innen übertragen. Die Ausgestaltung von Hartz IV orientierte sich an dem Ziel, Arbeitssuchende finanziell und moralisch unter Druck zu setzen, so dass sie auch schlecht bezahlte Arbeit annehmen oder Arbeitsbedingungen akzeptieren, die wir eigentlich für längst überwunden gehalten hatten. Auf diese Weise schaden Hartz IV Sanktionen nicht nur unmittelbar den Arbeitssuchenden selbst, sondern allen Arbeitnehmer*innen gleichermaßen. Sie erhöhen den sozialen Druck jede Stelle zu akzeptieren, befördern Abstiegsängste und tragen damit zu eben jener Entsolidarisierung bei, die wir seit Jahren beobachten müssen.

Dem „Fördern und Fordern“ der Arbeitnehmer*innen standen weitreichende Erleichterungen auf Seiten der Arbeitgeber*innen gegenüber. Angebotspolitische Maßnahmen wie Lockerungen des Kündigungsschutzes, Senkung der betrieblichen Lohnnebenkosten, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Deregulierung von Leiharbeit, sachgrundlose Befristung, Deregulierung der Finanzmärkte, Ausbau des Niedriglohnsektors und Verschärfungen der Zumutbarkeitsregeln sind nur einige Beispiele, in denen der Staat durch die Agenda und ihre Weiterentwicklung gezielt die Verhandlungsposition der Arbeitgeber*innen gestärkt hat. Dass ausgerechnet die Sozialdemokratie diese Reformen durchgesetzt und mitgestaltet hat, muss uns zu denken geben! Ohne Frage ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein wichtiges Anliegen. Denn gute Arbeit bedeutet die Chance zur Selbstverwirklichung, gesellschaftlicher Anerkennung, sozialer Teilhabe und Selbstwirksamkeit. Gute Arbeit führt nachweislich dazu, dass Menschen glücklicher und zufriedener sind und dass sie optimistisch in die Zukunft schauen. Bei einer Arbeitslosenquote von über acht Prozent ist es daher durchaus legitim politisch gegenzusteuern. Völlig verkannt wurde aber: Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist keine Privatsache. Die Ursachen für hohe Arbeitslosigkeit sind nicht in den Einzelnen zu suchen.

Die Ursache von Arbeitslosigkeit heißt Kapitalismus!

Wie schon Marx treffend beobachtete, ist Massenarbeitslosigkeit eine direkte Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise: Es gibt kein Wirtschaftswachstum ohne Arbeitslosigkeit und aus jedem Wirtschaftswachstum folgt neue Arbeitslosigkeit. Denn zum einen ist die Erschließung neuer Märkte und

die Entstehung neuer Industriezweige nur dort möglich, wo es möglichst viele ungebundene Menschen gibt, die bereit sind jeden Job anzunehmen, zu allen Bedingungen. Niedrigstlöhne und prekäre Beschäftigung sind die Folge. Der Druck, der durch die gesellschaftliche Arbeitslosigkeit auf die Einzelnen entsteht, erlaubt es dem Kapital neue Märkte zu erzwingen und diesen seine eigenen Regeln zu diktieren. Zum anderen steht jeder Arbeitsplatz bereits im Augenblick seiner Schaffung zur Disposition. Dafür sorgt unter anderem der tendenzielle Fall der Profitrate – also die Tatsache, dass im Kapitalismus immer schneller, besser und effizienter produziert werden muss, um profitabel zu bleiben. Es rechnet sich für Unternehmen nicht nur, Lohnkosten zu senken, indem sie mehr Arbeit auf weniger Menschen verteilen. Würden sie sich dem Rationalisierungsprozess entziehen, wären sie früher oder später nicht mehr rentabel. Die Wegrationalisierung menschlicher Arbeit, die Ausbeutung und der anschließende Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt von Millionen Menschen weltweit ist keine fehlgeleitete Begleiterscheinung des Kapitalismus, sondern dessen Kern und die unmittelbare Folge jeder Politik, die die Verteilung von Arbeit den freien Kräften des Marktes überlässt. Das macht deutlich, wie absurd es ist, Arbeitslosigkeit durch Deregulierung zu bekämpfen. Denn bekämpft wird damit nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit - die private Kapitalakkumulation - sondern das Bedürfnis der Menschen nach sinnvoller, nachhaltiger und guter Beschäftigung. Bekämpft wird ihre Verhandlungsmacht und die Möglichkeit, die gesellschaftliche Produktion darauf auszurichten, dass alle ein gutes Leben haben.

Diskriminierungsmaschine Arbeitsmarkt

Die Ursachen für Arbeitslosigkeit sind auch in einer weiteren Hinsicht zumeist nicht bei den Einzelnen zu suchen. Die individuellen Chancen auf einen guten Arbeitsplatz und das Risiko diesen zu wieder zu verlieren sind ungleich verteilt. Bis heute beeinflussen Bildungsstand, Geschlecht und Herkunft, wer Zugang zu guter Arbeit hat, und wer nicht. Je mehr Privilegien und je mehr Prestige mit einem Arbeitsplatz einhergehen, desto restriktiver wird der Zugang zu diesem. Der sogenannte freie Arbeitsmarkt ist damit alles andere als frei: Er reproduziert gesellschaftliche Vorurteile, verstetigt patriarchale Strukturen und verhindert effektiv den sozialen Aufstieg und die Teilhabe diskriminierter Gruppen.

Frauen am Arbeitsmarkt

So ist es Frauen in der BRD gerade mal seit 40 Jahren überhaupt gestattet, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen ohne ihren Ehemann um eine Erlaubnis zu bitten.

Zugleich galt Frauenarbeit lange Zeit als weniger wertvoll, wurde deutlich schlechter bezahlt und bot kaum persönliche Entwicklungschancen. Ein Großteil der Frauen wurde nicht aufgrund persönlicher Fähigkeiten und Leistungen eingestellt, sondern für ihr Frausein bzw. ihre Aussehen und ihren Körper. Sogenannte typische Frauenberufe sind bis heute Tätigkeiten, für die Frauen aus chauvinistischer Sicht als von Natur aus qualifiziert gelten (Putzarbeiten, Kinderbetreuung, Pflege, etc.) oder in der ihre Weiblichkeit selbst die Ware ist (Modellberufe, Hostessen, Sexarbeiterinnen). Dies verstellte nicht nur die individuellen Aufstiegs- und Entwicklungschancen von Frauen, es legitimierte auch das Lohngefälle: Frauen sollten weniger verdienen, weil sie einerseits, anders als Männer, kaum Qualifikationen vorweisen konnten – ihre Arbeit galt als weniger wertvoll – zum anderen wurden sie ja für Tätigkeiten bezahlt, denen sie sowieso nachgehen und die daher nicht im „wirklichen“ Sinne eine zu vergütende Arbeit darstellen.

Zwar hat sich der Arbeitsmarkt in dieser Hinsicht deutlich verbessert. Trotzdem zeigt ein Blick in die Statistik, dass sich die traditionelle Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt bis heute fortsetzt. So ist die Erwerbsquote von Frauen bis heute 10% niedriger als die von Männern. Während lediglich jeder 10. Mann in Teilzeit beschäftigt ist, hat gerade einmal jede zweite Frau einen Vollzeitjob. Bis heute leisten Frauen 60% mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Werden Erwerbsarbeit und Hausarbeit addiert, dann arbeiten Frauen im Durchschnitt 55 Stunden pro Woche, davon 22 Stunden unbezahlt. (Im Vergleich: Einschließlich Hausarbeit arbeiten Männer pro Woche im Schnitt 49 Stunden, davon 10 Stunden unbezahlt.) Eine gerechte Arbeitsmarktpolitik darf sich nicht auf die Sphäre der Produktion beschränken. Sie muss die willkürliche Trennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit überwinden und auch (unbezahlte) Haus-, Familien- und Sorgearbeit zu ihrem Gegenstand machen.

Der unbereinigte Gender-Pay-Gap lag im letzten Jahr bei 21%. Das heißt, dass Frauen 2016 für den gleichen Lohn zweieinhalb Monate länger arbeiten mussten als Männer. Das ist unverschämte! Es lässt sich nicht damit rechtfertigen, dass Frauen überwiegend in Berufen und Branchen arbeiten, in denen das Lohnniveau traditionell niedriger ist. Die Gehaltsunterschiede von Pflege- und Ingenieurberufen gehen selbst aus der patriarchalen Ordnung hervor. Schon allein deshalb ist es höchste Zeit für eine effektive Aufwertung der Erziehungs- und Pflegeberufe! Aber auch innerhalb der gleichen Branche und bei gleichem Beruf bekommen Frauen über 5% weniger Gehalt. Die Zuschreibung von Frauen auf bestimmte Tätigkeiten und die schlechte Bezahlung dieser Tätigkeiten ist historisch gewachsen und gehört

abgeschafft. Geschlecht ist weder eine besondere Qualifikation, noch ein Indikator für berufliche Präferenzen! Bis heute ist der Anteil an Frauen in Berufen, die mit Prestige und Einfluss verbunden sind, erschreckend gering. In den Entscheidungsgremien der größten börsennotierten Unternehmen lag der Frauenanteil bei gerade einmal 24%. Spitzenpositionen sind für Frauen weiterhin fast unzugänglich: Auf 20 männliche Vorstandsvorsitzende in den größten europäischen Unternehmen kommt gerade einmal eine Frau.

Migrant*innen am Arbeitsmarkt

Auch Ausländer*innen, Menschen mit Migrationshintergrund und anerkannte Geflüchtete werden am Arbeitsmarkt strukturell diskriminiert und rassistisch ausgebeutet. Im Fokus der meisten Einwanderungsgesetze steht die ökonomische „Nützlichkeit“ potentieller Migrant*innen. In den 1960er Jahren wurden massiv Gastarbeiter*innen angeworben, um die Produktivität bei gleichbleibenden oder sogar sinkenden Löhnen weiter steigern zu können. In der Folge entstand eine dauerhafte Unterschicht hart arbeitender Menschen, die deutlich unterrepräsentiert und einem extremen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Bis heute werden Migrant*innen entweder als eine externe auszubeutende Ressource oder als abzuwehrende Bedrohung angesehen. Dies geschieht im Einklang mit der kapitalistischen Verwertungslogik, die auf eine möglichst große Gruppe frei verfügbarer und arbeitswilliger Menschen angewiesen ist, die möglichst niedrige Ansprüche stellen und um die sich die Unternehmen bzw. die auf Ausbeutung ausgerichtete Volkswirtschaft jenseits des Arbeitsverhältnisses nicht mehr kümmern müssen. Entsprechend hoch ist die Fluktuation. Ausländische Arbeitskräfte sind meist die ersten, die bei sinkender Auftragslage entlassen werden. Das statistische Risiko für Ausländer*innen ihren Arbeitsplatz zu verlieren ist daher deutlich höher. Menschen mit vorübergehendem Aufenthaltstitel oder Menschen, deren Aufenthalt an ihren Arbeitsvertrag gekoppelt ist, sind damit einer doppelten Prekarität ausgesetzt. Wie wenig es bei Arbeitsmigration um Fachkräftemangel geht, zeigt die häufige Abqualifikation von Geflüchteten und die Entwertung ihres kulturellen Kapitals: Vorhandene Berufs- und Universitätsabschlüsse werden oft nicht anerkannt. Die zumeist niedrigen Einkommen und die damit einhergehenden langen Arbeitszeiten verhindern effektiv das Nachholen von Qualifikationen und damit jeden gesellschaftlichen Aufstieg. Auch hier sind Migrantinnen doppelt betroffen: Wer sich neben der Lohnarbeit auch um Haushalt und Kinder kümmern muss, hat kaum bzw. gar keine Ressourcen für die eigene berufliche (Weiter-)bildung.

Auch hier gilt oft, dass Stellen an Migrant*innen oft weniger aufgrund individueller Eigenschaften vergeben werden, sondern auf Grund rassistischer Zuschreibungen. So werden in letzter Zeit gezielt Vietnames*innen als Altenpfleger*innen angeworben, weil der fürsorgliche Umgang mit älteren Menschen ein natürlicher Bestandteil der vietnamesischen Kultur sei. Zudem reproduziert die global care chain, also der wiederholte Export von Pflegearbeit in Länder mit niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen, kolonialistische Abhängigkeiten.

Verschärfung durch die Agenda 2010

Indem die Agenda-Reform die gruppenbezogenen Diskriminierungen in individuelle Probleme vereinzelt hat, hat sie mit dazu beigetragen, dass die strukturelle Benachteiligung von Frauen, von Migrant*innen, Ausländer*innen von LBQTI*, von Menschen mit Behinderungen und von Menschen mit Suchterkrankungen am Arbeitsmarkt aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet. Die Individualisierung und Privatisierung der Teilhabersorgen am Arbeitsmarkt hatte nicht nur eine enorme Entsolidarisierung zur Folge, sie führte auch dazu, dass die Instrumente des „Fordern und Förderns“ gut ausgebildete heterosexuelle weiße Männer überproportional unterstützten – zu Lasten aller anderen. Dieser Prozess wird dadurch verstärkt, dass die bestehenden Sozialversicherungssysteme noch auf ungebrochene Erwerbsbiographien ausgelegt sind. Befristete Beschäftigung, Niedriglöhne, Teilzeitfalle und Zeiten ohne Erwerbsarbeit bedeuten auch Einbußen außerhalb und nach der Arbeit. So erhalten Frauen im Durchschnitt gerade einmal halb so viel Rente wie Männer.

Der Staat muss seine Rolle als Versicherer für Lebensrisiken vor allem hinsichtlich Erwerbsarbeit wieder stärker wahrnehmen. Erste Ansätze, beispielsweise die Einführung des Mindestlohns und der Rechtsanspruch auf Teilzeit mit Rückkehrrecht auf Vollzeit, sind bereits erkennbar, müssen aber schärfer konturiert und durch weitere arbeitnehmerfreundliche Reformen ergänzt werden.

Der Kampf für die gleichberechtigte Anerkennung und Teilhabe von Frauen*, Migrant*innen und gruppenbezogen diskriminierter Menschen am Arbeitsmarkt ist alles andere als eine Luxusdebatte. Im Gegenteil: Die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind hier am deutlichsten, am ausgeprägtesten und auch am fatalsten. Der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit ist der Kampf für die Interessen aller Arbeiter*innen überall!

Verteilung von Arbeit politisch denken!

Nötig ist, dass wir die Verteilung von Arbeit wieder als eine politische Frage betrachten, nicht als ein ökonomisches Problem des Arbeitsmarktes. Nötig ist, dass wir die Schaffung und Gestaltung von Arbeit wieder als gesellschaftliche Aufgabe betrachteten, die sich nicht durch wundersame Weise am Markt in Wohlgefallen auflöst. Wir fordern eine gerechte Verteilung von Arbeit. Anstatt immer mehr Arbeit auf immer weniger Menschen zu verteilen, wollen wir, dass jede*r die Chance hat zu gesellschaftlicher Teilhabe und Selbstverwirklichung durch Arbeit. Es ist daher höchste Zeit für eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit auf unter 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich!

Seien wir politisch!

Dass ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung die Agenda-Reformen initiiert und durchgesetzt hat, ist bitter. Die Agenda hat einen Großteil unserer Wähler*innen vor den Kopf gestoßen. Sie zog die größte Protestwelle seit den 1980er Jahren nach sich. Das Entstehen der Partei DIE LINKE ist ohne die Agenda nicht zu denken. Das bedeutet aber nicht, dass es ohne rot-grün keine Agenda-Politik gegeben hätte. Im Gegenteil: Ein Großteil der Reform wurde überwiegend von der Opposition mitgetragen. Angela Merkel hat sich im Nachhinein für die Agenda-Politik bedankt. Aber auch in der Bevölkerung traf die Vorstellung von „Fordern und Fördern“ auf fruchtbaren Boden: Das Agenda-Projekt war mehrheitsfähig. Es war die sozialdemokratische Unterwerfung unter eben jener neoliberalen Ideologie, die auch in Deutschland seit den 1990er Jahren immer mehr um sich gegriffen hat. Das macht es nicht besser. Es zeigt uns aber, dass eine Aufarbeitung der Agenda-Politik sich nicht auf die Feststellung beschränken darf, dass die SPD die Agenda lieber nicht beschlossen hätte, weil sie uns Wähler*innenstimmen gekostet hat. Aufarbeitung der Agenda-Politik muss die Frage stellen, warum die SPD auf den Neoliberalismus keine Antwort hatte und teilweise bis heute keine Antwort hat.

Wenn wir daher sagen, dass die Agenda 2010 ein Fehler war, dann meinen wir damit auch, dass die SPD es versäumt hat, gegen den neoliberalen Mainstream Stellung zu beziehen. Wir sagen, dass es unsere Aufgabe gewesen wäre, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten und auch gegen die herrschende Ideologie die Weichen zu stellen für eine solidarische, nachhaltige und gerechte Gesellschaft. Sei politisch, SPD!

Wenn die Mehrheit der Menschen in Deutschland resigniert, wenn so viele Menschen Leistungsdruck, Existenzangst und ständigen Selbstoptimierungszwang als normal empfindet, dann ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie das zu ändern. Dann ist es an uns, sich dem aktiv zu widersetzen. Wir müssen für mehr Solidarität werben, erst recht dort, wo die Hoffnung auf Solidarität verloren gegangen ist.

Seien wir politisch, lasst uns nicht mehr hinnehmen, wenn neoliberale Politik als „ökonomisch notwendig“ oder „einzig sinnvoll“ verschleiert wird, gehen wir mit einer starken politischen Botschaft in die Bundestagswahl 2017. Wir wollen nicht weniger als einen radikalen Paradigmenwechsel: Mehr Gerechtigkeit, das bedeutet uns mehr Teilhabe, mehr Wohlstand, mehr Solidarität. Für alle, Für jede*n, Überall!

Wofür wir kämpfen:

- Wir wollen, das Machtgefälle zwischen Arbeit und Kapital zu Gunsten der Arbeitnehmer*innen verschieben. Das bedeutet:
- Höhere Löhne durch einen existenzsichernden Mindestlohn bei einer Arbeitszeit von 30h/Woche (mindestens 12 €)
- Mindestausbildungsvergütung auf Bafög-Niveau
- Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 30h bei vollem Lohnausgleich
- Abschaffung sachgrundloser Befristungen
- Regulierung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen
- Stärkung der Gewerkschaften durch die Einführung des politischen Streikrechts
- Einführung einer staatlich gedeckten Arbeitsversicherung zur Absicherung langfristiger individueller Arbeitsmarktrisiken
- Sanktionsfreie Mindestsicherung
- Alle Einkommensarten müssen endlich gleich besteuert werden
- Wir wollen, dass der gesellschaftlich produzierte Wohlstand auch der Gesellschaft und jeder*m Einzelnen*m zu Gute kommt. Wir wollen, dass jede*r mitentscheidet, was aus unserem Reichtum wird. Das bedeutet:
- Schluss mit der Politik der „schwarzen Null“
- Verbot formeller und materieller Privatisierungen gesellschaftlichen Eigentums (klare Absage gegen ÖPP)
- Wiedereinführung der Vermögensteuer
- erhebliche Erhöhung der Erbschaftssteuer und Lücken der Steuer schließen
- Anhebung des Spitzensteuersatzes
- Abschaffung der Bemessungsgrenzen

- Einsatz für internationale Steuergerechtigkeit und einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen
- Wir wollen, dass wir durch unsere Wirtschaftsweise zu globaler Solidarität beitragen und den Wohlstand der Welt allen Menschen zugänglich machen. Das bedeutet:
- Internationale Wirtschaftsabkommen auf Augenhöhe und unter Berücksichtigung ungleicher Machtverhältnisse.
- Reduktion deutscher Exporte (Reduktion deutschen Kapitalexports, Erhöhung von Importen, Stärkung des privaten Konsums,
- Arbeitnehmer*innenorientierte Außenhandelspolitik statt Wettbewerbsfähigkeit
- Internationale Wirtschaftsförderung, Schuldenschnitte und Investitionsprogramme ohne PPP
- Schaffung eines sozialen Europas durch eine europäische Arbeitsversicherung, die Aufgabe neoliberaler Politikansätze und eine Vergemeinschaftung von Schulden
- Schluss mit der deutschen Sparpolitik
- Kapitalertragssteuer erhöhen Finanztransaktionssteuer umsetzen

FINANZEN

F1 - Bezugszeitraum von Elterngeld bedarfsgerecht anpassen – Regelungslücke schließen

Die Jusos Thüringen fordern die Möglichkeit zur Verlängerung des Bezugszeitraums von Elterngeld (und daraus folgend Elterngeld plus) auf Antrag und unter Vorlage eines ärztlichen Attests bei vorliegenden medizinischen Problemen.

10% aller Kinder kommen zu früh (<37. Schwangerschaftswoche) auf die Welt. Nicht alle davon holen dies bis zu ihrem 1. Geburtstag auf – dann endet jedoch der Bezugszeitraum von Elterngeld. Je nachdem, wie viel zu früh das Kind geboren wurde, gibt es unterschiedliche Fristen, bis wann diese Defizite aufgeholt werden müssten. Bis dahin wird vom sogenannten „korrigierten Alter“ ausgegangen. Das kann im Extremfall eine Differenz von 4 Monaten sein und dennoch ist das Kind aus medizinischer Sicht altersgerecht entwickelt. Damit ist der Anspruch auf einen Integrationsplatz in einer Kindertagesstätte jedoch ausgeschlossen. Die Eltern stehen also gezwungenermaßen vor der Wahl zwischen einer nicht entwicklungsgerechten Betreuung und finanziellen Ausfällen. Kaum sind also die

psychischen und finanziellen Belastungen der ersten Monate überwunden, stehen schon neue Schwierigkeiten vor der Tür. Es bedarf also einer entsprechenden Flexibilisierung des Bezugszeitraumen um Familien von diesen und anderen Kindern mit gesundheitlichen Problemen, die nicht anders abgedeckt sind, einen guten Start ins gemeinsame Familienleben zu ermöglichen.

FEMINISMUS

G1 - Sprache. Macht. Geschlecht.

Was wir schon machen

Die Jusos verstehen sich als ein feministischer Richtungsverband, der jede Form der strukturellen und gesellschaftlichen Diskriminierung gegenüber Frauen* und LGBTQ* ablehnt. Neben regelmäßigen Feminismusseminaren haben sich auch Instrumente wie die Frauen*quote, Awarenesssteams, Geschlechterplena und weitere Formen gezielter Frauen*förderung als wirksam erwiesen. Wir wollen eine gezielte gesellschaftliche und politische Förderung von Frauen* und begreifen uns in diesem Bestreben als Vorkämpfer*innen in der Parteienlandschaft.

Wir müssen besser werden

In unserer männlich* dominierten Gesellschaft macht die Benachteiligung gegenüber nicht "typisch männlichen*" Individuen nicht Halt. Geschlechterdiskriminierung betrifft Cis-Frauen, aber auch all diejenigen, die sich nicht der heteronormativen Matrix unterordnen wollen. Gender ist jedoch ein soziales Konstrukt: ein soziales Geschlecht ist nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse. Der weit verbreitete Glaube der Binarität der Geschlechter gründet auf dem Biologismus und dient der Aufrechterhaltung von Stereotypen: Der Mann als Ernährer, die Frau hinter dem Herd. Durch diese gesellschaftliche Heteronormativität werden Menschen, die sich nicht zu einem dieser Geschlechter zugehörig fühlen, unsichtbar gemacht. Mit unserem Anspruch eines gleichberechtigten, selbstbestimmten Miteinanders ist dies nicht vereinbar.

Wie wir das umsetzen

Durch Sprache und Kommunikation wird soziale Wirklichkeit konstruiert. Diskriminierung besteht nicht nur aus Handlungen, sondern auch Denk- und Sprechstrukturen, welche Stereotype und Vorurteile reproduzieren oder Menschen im Diskurs und so auch in der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden lassen. Wir

wissen aber auch, dass wir Sprache als Ort des sozialen Protest und des Widerstands nutzen können. Wir nutzen dafür jetzt schon eine geschlechtergerechte Sprache, in der nicht männlich* sozialisierte Menschen nicht nur mit gemeint sind, sondern sichtbar und hörbar gemacht werden. Werden Menschen aller Gender in der Sprache gleichgestellt, so wird dadurch ein gedanklicher Prozess angestoßen, welcher sich auf das gesellschaftliche Handeln auswirken kann. Mag eine gendergerechte Sprache Menschen außerhalb des linken politischen Spektrums immer noch irritieren, so können wir doch einen Beitrag dazu leisten, den Gleichstellungsansatz auch außerhalb des Juso-Kontextes zu normalisieren und etablieren. Wir wissen aber auch, dass die Dekonstruktion der Geschlechter nicht mit einem Beschluss durchzuführen ist. Dieser Antrag ist deshalb als die Fortführung einer langjährigen Debatte und als Selbstverpflichtung zu einem ausgeprägteren queer-feministischen Diskurs innerhalb des Verbandes zu sehen.

Unser Anspruch an eine jungsozialistische Queer-Politik in unserem Verband beinhaltet:

- den Umgang mit dem Thema Gender und Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtersystem einordnen wollen und/oder können, in unseren Strukturen kritisch zu reflektieren
- bei Veranstaltungen eine Anmeldung ohne die zwingende Definition als "weiblich*/männlich*" zu ermöglichen. Sollten geschlechtsspezifische Informationen notwendig sein, so muss das offene Eintragen der Geschlechtsidentität möglich sein
- dass Gender Mainstreaming weiterhin in der Verbandsarbeit konsequent durchgesetzt wird
- das lückenlose Gendern von allen verbandsinternen Texten, Beschlüssen und Veröffentlichungen mit Sternchen (*), da wir dies momentan als beste Möglichkeit sehen, um zu verdeutlichen, dass es mehr als nur zwei Geschlechter gibt. Beim Sprechen des Sternchens soll zur Verdeutlichung eine Pause eingelegt werden.
- die kontinuierliche Auseinandersetzung mit weiteren Formen des Genderns, wie beispielsweise der x-Form, dem dynamischen Unterstrich oder dem generischen Femininum
- das Weiterführen der Nichtbehandlung von nicht-gegenderten Antragstexten auf Landeskonferenzen, falls die Antragsstellenden nicht bis zum Aufrufen des Antrags nachgebessert haben

G4 - Zur Abschaffung der 19% Mehrwertsteuer auf Hygieneartikel für menstruierende Menschen

Gegenwärtig sind für menstruierende Menschen Hygieneartikel, wie Tampons oder Binden mit 19 Prozent besteuert und Kaviar, Toilettenpapier und Krebsfleisch mit nur 7 Prozent- Was für eine Ungerechtigkeit! Aus diesem Grund, erachten wir es als notwendig, Hygieneartikel als existenziell wie Lebensmittel einzustufen und fordern eine 7 prozentige Besteuerung auf weibliche Hygieneartikel. Diese sind im Vergleich zu Kaviar und Krebsfleisch doch keine Luxusartikel! Des Weiteren kann man von Frauen*, die sich in finanziellen Notlagen befinden nicht verlangen, Einlagen aus reduziert besteuerten Zeitschriften zu verwenden. Für Menschen mit geringen Einkommen würde die Reduzierung der Mehrwertsteuer um 12 Prozent zu einer finanziellen Entlastung führen. Fundiert auf dem gegenwärtigen Gender-Pay-Gap von 7 Prozent, ist die Reduzierung eine Notwendigkeit.

G5 - Die "Pille danach" muss kostenfrei werden!

Die Jusos Thüringen fordern die kostenfreie Herausgabe der "Pille danach". Die dabei entstehenden Kosten sind von allen Krankenkassen zu tragen.

G6 - Für mehr Verhütungsgerechtigkeit

Die Jusos Thüringen setzen sich für die Erforschung von Langzeit und reversiblen Verhütungsmitteln für den Mann* ein, um so mehr Gerechtigkeit und gleiche Möglichkeiten in der Verhütung zu schaffen.

ANTIFASCHISMUS & ANTIRASSISMUS

H1 - Antifa bleibt Handarbeit

Antifa supporten.

INTERNATIONALES & EUROPA

I1 - Zur Einführung eines kostenlosen Interrailtickets für junge Europäer*innen

Die Jusos sind ein pro-europäischer Verband, der für eine offene und tolerante Gesellschaft kämpft und sich entschlossen gegen rechtspopulistische Tendenzen stellt. Aber gerade bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich und Frankreich

haben wir erlebt, wie viele Menschen der Europäischen Union mittlerweile ablehnend gegenüber stehen. Deshalb ist es heute wichtiger denn je, das Weiter-So der vergangenen Jahre zu beenden und für ein solidarisches, gerechtes und soziales Europa zu kämpfen. Es ist wichtig, dass die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft und ein Friedensprojekt ist, sondern auch entschlossen daran arbeitet, das Leben der Europäer*innen konkret zu verbessern.

Wir Jusos sind davon überzeugt, dass wir ein soziales Europa brauchen, in dem die eigenen Lebenschancen nicht davon abhängig sind, ob man in Deutschland oder Griechenland zur Welt gekommen ist. Wir wollen ein Europa, in dem die Menschen aus verschiedenen Ländern nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern voneinander lernen und miteinander ihre Umgebung, ihre Wirtschaft und ihr Leben gestalten. Auf dem Weg dahin bedarf es grundlegender Veränderungen in den Kompetenzen der EU und deutlich mehr Investitionen in Arbeit, Bildung und Soziales vor allem zugunsten junger Menschen in Europa. Eine Instrument, um jungen Leuten Mobilität innerhalb Europas zu ermöglichen und ihnen die Chance zu geben, mit anderen Jugendlichen in den Austausch über ihre Vorstellungen von der Zukunft zu kommen, ist jedoch sehr leicht umsetzbar: ein kostenloses Interrailticket.

Die Jusos Thüringen fordern deshalb ein kostenloses Interrailticket als Geschenk der Europäischen Union an alle jungen Menschen, die in Europa dauerhaft leben zu deren 18. Geburtstag. Damit wollen wir es jungen Menschen möglich machen, 30 Tage lang das Schienennetz der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kostenfrei zu nutzen und gleichzeitig Begegnungen zwischen jungen Europäer*innen zu fördern, ihnen zu zeigen, wie Europa ihr Leben ganz konkret verbessert, und sie wieder für die europäische Idee zu begeistern.

PARTEI & ORGANISATORISCHES

P1 - Barrieren einreißen! Auch in unserem Verband

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft ist ein Grundanspruch der Jusos. Diesem Anspruch genügen wir in unserem Landesverband jedoch nicht. Deswegen fordern wir von uns selbst: Seid inklusiv!

Die Ursachen für die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung oder chronischen und seltenen Erkrankungen sind in der Gesellschaft zu verorten, in der Wechselwirkung zwischen dem Menschen mit Behinderung und Barrieren in Umwelt und Einstellungen. Bei der Kategorie Behinderung handelt es sich um eine

gesellschaftliche Konstruktion, die einem ständigen Wandel unterliegt. Diese Konstruktion ist in ihrer Wirkung jedoch mächtig und führt zu Diskriminierung. Wir wollen aber nach neuen Lösungen suchen, behindernde Barrieren erkennen und beseitigen, um eine Teilhabe für alle zu ermöglichen.

Die Aktion Mensch definiert Inklusion als das Gegenteil von Ausgrenzung. Auch wir wollen, dass sich jede*r in der Gesellschaft und in unserem Verband willkommen fühlt, wir wollen uns für das Recht auf Selbstbestimmung und die Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung oder chronischen und seltenen Erkrankungen einsetzen. Als einen ersten Schritt dazu sehen wir Ausweitung der Barrierefreiheit in unserem Verband, sodass jeder*m ermöglicht wird, sich bei uns zu engagieren, ohne an Grenzen zu stoßen. Barrierefrei ist dabei etwas, wenn es ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar ist.

Deswegen fordern wir:

- den Druck von Wahlprogrammen und Parteitagsbeschlüssen in Braille-Schrift und einfacher Sprache sowie die mehrere Ausgaben derselbigen in jedem Landesverband.
- das Angebot von Wahlprogrammen und Parteitagsbeschlüssen als Audio-Datei und barrierefreie PDF- und rtf-Datei.
- Dolmetscher*innen für deutsche Gebärdensprache und Schriftmittlung auf grundsätzlich auf allen SPD-Landesparteitagen, sowie DGS-Dolmetscher*innen auf allen weiteren Verbandsveranstaltungen, falls diese angefragt werden.
- die Anschaffung von Rampen in allen nicht-barrierefreien Geschäftsstellen.
- barrierefreie Tagungsorte, die mit Rampen und/oder Aufzügen sowie ausreichend breiten Türen ausgestattet sind. Falls diese nicht verfügbar sein sollten, muss auf deren Fehlen ausdrücklich hingewiesen werden. Außerdem ist darauf zu achten, dass die Veranstaltungsorte auch mit dem ÖPNV barrierefrei zu erreichen sind und ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen.
- das Verwenden von höhenverstellbaren Redner*innenpulte.
- die Überarbeitung der Website der Jusos Thüringen nach den Richtlinien des BITV/WCAG.
- die Schaffung von Ruhebereichen und -räumen bei Veranstaltungen.
- das Angebot eines Live-Streams und Chats bei Landeskonferenzen und Parteitag.

Weiterhin wollen wir in unserer täglichen Verbandsarbeit auf die Bedürfnisse aller achten, beispielsweise durch ausreichend Visualisierungen, Pausen, Sitzmöglichkeiten, niedrighschwellige Methoden und das Verwenden von Universal

Design. Weiterhin muss darauf geachtet werden, bei Veranstaltungen den Teilnehmenden so viele Informationen wie nur möglich vorab zuzuschicken, damit diese sich ausreichend vorbereiten können und den kompletten Ablauf nachvollziehen können. Wir möchten außerdem die Möglichkeit bieten, einen individuellen Bedarf bei der Veranstaltungsanmeldung anzugeben. Weiterhin wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Rechtsansprüche von Menschen mit Behinderung ausgeweitet werden, bspw. für ein Recht auf DGS-Dolmetscher*innen beim politischen Engagement. Gleichberechtigte Teilhabe ist facettenreich und individuell verschieden, sodass wir uns weiterhin mit Betroffenen und Expert*innen austauschen werden, um unser Konzept eines inklusiven Verbandes umsetzen zu können.

UMWELT

U1 - Mikroplastik – Was is’n das?

Die Jusos Thüringen fordern eine konkrete Festlegung, bei welchen Stoffen es sich um Mikroplastik handelt, um ein Verbot wirksam umsetzen zu können.

Wir empfehlen hierbei die Übernahme der Liste des BUND, die neben partikulärem Mikroplastik auch flüssige Vorkommen einschließt, die unter der gängigen „Partikel unter 5mm“-Definition nicht erfasst werden.

U2 - Zwangsabgabe für nicht biologisch abbaubare Tüten

Die Jusos Thüringen fordern und setzen sich innerhalb des Bundesverbandes dafür, dass eine bundesdeutsche oder europäische Zwangsabgabe auf nicht biologisch abbaubare Tüten eingeführt wird. Die Jusos kämpfen für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Gerechtigkeit geht mit Nachhaltigkeit einher und verweist auf ein Verantwortungsbewusstsein gegenüber kommenden Generationen. Die Zukunft kommender Generationen liegt in unseren Händen und wir sind dazu verpflichtet, ihnen ein adäquates und würdiges Leben zu bieten. Ein Leben in Würde ist an dem Gebot der planetarischen Grenzen gebunden. Der zunehmende Plastikverbrauch und die daraus resultierende Kontaminierung von Seen und Meeren trägt zu einer Subversion des Ökosystems bei. Aus diesem Grund, wurde 2015 eine EU-Richtlinie verabschiedet, mit dem Ziel, den Verbrauch von Plastiktüten bis 2025 auf 40 Stück pro Kopf zu reduzieren. Unter dieser Richtlinie fallen alle Kunststofftaschen mit und ohne Tragegriff. Allerdings sind die sehr leichten, kostenfreien Plastiktüten für Obst- und Gemüse von der Vereinbarung ausgenommen. Diese werden vorwiegend aus Polyethylen hergestellt und sind nicht

biologisch abbaubar. Die geringe Nutzungs- und Erhaltungsdauer trägt zu einer Überbelastung des Ökosystems bei. Die Zurückgewinnende Energie aus der Verbrennung von Einwegtüten steht in keinem Verhältnis zum Energieaufwand, den es für die Herstellung bedarf. Aufgrund der kostenfreien Nutzung sehen darin viele Menschen eine Einsparungsmöglichkeit bzw. eine alternative Verpackungsmöglichkeit, um die Bezahlung von kostenpflichtigen Tüten zu umgehen. Die Nutzungsfreiheit führt zu keiner Sensibilisierung des Konsument*innen und stellen eine unnötige Belastung für unsere Umwelt dar. Demzufolge sehen wir ihr Handlungsbedarf und fordern einen Nutzungspreis von Einwegtüten, insbesondere von solchen Tüten, die dünner sind als 15 Mikrometer sind. Darüber Hinaus setzen wir uns innerhalb des Bundesverbandes dafür ein, dass eine bundesdeutsche oder europäische Zwangsabgabe auf nicht biologisch abbaubare Tüten eingeführt wird. Um die Umweltverschmutzung und die einmalige Nutzung solcher Tüten zu verringern sollte eine Zwangsabgabe in Höhe von mindestens 1,00 Euro erfolgen. Diese Zwangsabgabe soll durch die Verkaufseinrichtung stattfinden und als Einnahmen in den Bundes- oder Europahaushalt eingehen, um damit im Bereich der Prävention von Umweltverschmutzung eingesetzt zu werden. Wiederverwendbare und transparente Obst- und Gemüsebeutel sollen dem Verbraucher*innen für einen geringen Nutzungsbeitrag zur Verfügung gestellt werden. Dies ist nicht nur in unserem Interesse, sondern steht auch im Einklang mit dem Interesse kommender Generationen und einer nachhaltigen Lebensweise.

U4 - Voll geladen! – Elektromobilitätskonzept

Die Jusos setzen sich dafür ein, die Elektromobilität als umfassendes Konzept gezielt voranzutreiben, in den eigenen Strukturen zu bewerben und in die SPD hineinzutragen. Als Verband, der sich dem nachhaltigen Denken verpflichtet hat, müssen wir die Mobilität als essentielles Segment des menschlichen Zusammenlebens zukunfts- bzw. umweltorientiert und unseren Ansprüchen gerecht werdend weiterentwickeln. Das gesamte Mobilitätsverhalten des Menschen und die hegemonialen Denkweisen sind dabei zu überdenken und globalen Nachhaltigkeitszielen einer sozialen Ausgewogenheit entsprechend auszurichten.

Nicht erst im 21. Jahrhundert offenbaren sich dem Menschen, die von ihm verursachten Umweltbelastungen und -verschmutzungen. Teils irreparable Auswirkungen und Schäden beeinflussen Menschen, Tiere, Vegetation und letztlich das gesamte Natur- und Ökosystem weltweit. Von Jahr zu Jahr wird die Erde heißer

und von Jahr zu Jahr wird der Kampf gegen die Klimaerwärmung drängender. Der Verkehrs- und Mobilitätssektor zählt zu den größten Verursachern von Umweltverschmutzung überhaupt: In Europa werden allein hier fast ein Viertel aller Emissionen generiert. Im Gegensatz zu nahezu allen anderen Sektoren stieg der umweltschädliche Ausstoß seit 1990 deutlich an. Wenn die EU ihre eigenen Klimaziele bis 2050 erreichen will, muss es schnellstmöglich zu einem Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kommen, sodass diesem Problem entschieden entgegengewirkt werden kann. Die Elektromobilität bietet hierfür die besten Lösungsmöglichkeiten, daher müssen die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzt werden: politisch, regulatorisch, technisch und wirtschaftlich. Die Umsetzung muss gesamtgesellschaftlicher Natur erfolgen und sowohl Straße, Schiene, Luft und Wasser betreffen. Gleichzeitig darf der soziale Aspekt beim Thema Mobilität nicht außer Acht gelassen werden, so müssen die Ziele und Maßnahmen sozialverträglich angegangen und umgesetzt werden.

1. Elektromobilität als Komponente der Energiewende

Zunächst ist festzustellen, dass noch viel getan werden muss. Sowohl bei der Entwicklung der Elektromobilität als auch bei der Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Elektromobilität ohne Energiewende ist jedoch nur unzureichend, da sie essentiell für die Erfüllung der Nachhaltigkeitsstandards ist.

Elektrische Antriebe sind sehr energieeffizient und schlagen in diesem Bereich jeden Verbrennungsmotor. Zudem sind sie leise und emissionslos in ihrer Anwendung. Ihr „Treibstoff“, der Strom, darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Der bisher übliche Strommix enthält noch immer großen Zulauf aus Braunkohle, Steinkohle, Erdgas und Kernenergie, wengleich der Anteil an erneuerbarer Stromerzeugung steigt. Solange der Anteil an fossilen Energieträgern solche Ausmaße beibehält, würde die Elektrifizierung der herkömmlichen Mobilität nicht einmal eine signifikante Verringerung der generellen Schadstoffbelastung nach sich ziehen. Es wäre lediglich eine lokale Entlastung in stark befahrenen Gegenden zu spüren.

Daher muss das übergeordnete Ziel klar sein, die Energiewende vollumfänglich durchzuführen und die Energieproduktion zu dekarbonisieren. Letztlich sollten 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen. Um das zu ermöglichen, müssen infrastrukturelle Großmaßnahmen geleistet und technische Probleme gelöst werden – beides funktioniert nur mit Investitionen.

Besonders die Speicherung von Strom bringt Schwierigkeiten mit sich, auch hier könnte Elektromobilität Abhilfe leisten. Mit ihren Akkus könnten sie die

schwankende Zufuhr von Strom in ihren Spitzen abfangen und als mobile Energiespeicher dienen. Ausgediente alte Batterien könnten zudem als Secondhand-Akkus zu neuem Leben kommen. Letztlich ist aber nicht nur die Umwandlung der Energiequellen auf nachhaltige Standards wichtig, gleichzeitig müssen Möglichkeiten der Stromeinsparung in den Vordergrund gerückt werden. Nur das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Stromeinsparung und Elektromobilität ist im Endeffekt ökologisch, nachhaltig und zukunftsträchtig.

2. Elektromobilität im Nahverkehr

Der erste Ansatzpunkt für Elektromobilität liegt im Nahverkehr, insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr. Während es in vielen Städten einen einigermaßen funktionierenden ÖPNV gibt, wird er in anderen Kommunen finanziell ausgetrocknet und zurückgefahren, mancherorts – gerade auf dem Land – stellt sich die Problematik noch schwieriger dar. Die Elektromobilität kann hier Anknüpfungspunkte zu bereits bestehenden Verkehrsangeboten nutzen und darüber hinaus weiterentwickelt werden.

Ausgangslage

Der öffentliche Nahverkehr steht immer in Konkurrenz zum motorisierten Individualverkehr, kann jedoch im direkten Vergleich schon jetzt deutliche Vorteile für sich verbuchen: Bei allen Antriebsarten ist der öffentliche Verkehr energieeffizienter und umweltschonender, das gilt für den Bus gegenüber dem PKW wie für den E-Bus gegenüber dem E-PKW. Die Belastung durch Straßenlärm, die Unfallgefährdung, der große Flächenverbrauch und die fehlenden Kapazitätsmöglichkeiten des motorisierten Individualverkehrs sind nur einige Argumente für den öffentlichen Verkehr.

Elektromobilität existiert im Nahverkehr bereits seit über einem Jahrhundert in Form von Straßenbahnen, S-Bahnen und U-Bahnen, später kamen noch Oberleitungsbusse hinzu – sodass heute bis zu zwei Drittel der ÖPNV-Leistungen (Personen je Kilometer) in Deutschland elektrisch betrieben werden.

Ziel des Nahverkehrs

Das vorrangige Ziel einer nachhaltigen Mobilitätsstadtplanung muss ein Nahverkehrskonzept sein, das ressourcenschonend, umweltfreundlich, fortschrittlich und allumfassend ist. Fußgänger*innen- und Radfahrer*innenzonen müssen mit dem öffentlichen Verkehr und Bike + Ride bzw. Park + Ride zu einem vernetzten System mit nahtlosen Übergängen verbunden werden. Der motorisierte Individualverkehr

muss weitestgehend aus den Städten verdrängt werden, dafür muss u.a. der elektrifizierte ÖPNV mit Straßen-, S- und U-Bahn sowie Elektrobussen ausgebaut werden. Autos und mit Abstrichen auch Elektro-Autos müssen dagegen aus den Städten herausgehalten werden.

Das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ sollte stärkeren Einzug in urbanes Mobilitätsdenken und Handeln erhalten, so müssen die Möglichkeiten von Leihfahrrädern und Leihelektroautos erörtert und ausgeschöpft werden.

Auch die ländlichen Strukturen können und sollen vom Umstieg auf die Elektromobilität profitieren. Ziel muss hier eine effizientere Abdeckung und bessere Mobilitätsvoraussetzung für die dünnere Besiedlung und die disperse Nachfragestruktur außerhalb der Städte sein.

In diesem Zusammenhang wird die soziale Komponente unabdingbar, denn die Menschen müssen sich den ÖPNV auch leisten können. Die Möglichkeit weitestgehend kostengünstig im Nahverkehr unterwegs zu sein, gilt dahingehend als Argument für die Nutzung und als Hauptumsetzungskriterium gleichermaßen. So sind Sozialtickets bzw. Schüler*innen-, Azubi- und Studierendentickets dabei nur einige exemplarische Ausgestaltungsideen. Schon jetzt hängt es vom Einkommen der Menschen ab, auf welches Mobilitätsangebot sie zugreifen. Je niedriger das Einkommen, desto eher ist man auf öffentliche Lösungen angewiesen – daher sind Investitionen in einen nachhaltigen ÖPNV immer als Umverteilungsaspekt zu begreifen.

Umsetzung

Die Erweiterung der Bahnnetze und des Busverkehrs, idealerweise mit Oberleitungsbussen oder mit Elektrobussen, hat im innerstädtischen Nahverkehr Priorität. Hier kann die nötige Kapazität erreicht werden, um genügend Menschen zu transportieren. Dabei ist eine Ausfinanzierung des ÖPNV mit zusätzlichen Mitteln unabdingbar. Auch die Möglichkeit von extra Fahrspuren für Busse kann bedarfsgerecht in Betracht gezogen werden.

Um die herkömmlichen PKWs mit Verbrennungsmotoren aus den Stadtzentren bzw. zentrumsnahen Stadtteilen fern zu halten, sollten Umweltqualitätszonen eingerichtet werden, die von diesen Autos nicht befahren werden dürfen. Das Ziel einer autofreien Stadt kann dagegen nicht mit Übervorteilung und zu großen Anreizen für Elektroautos gefährdet werden: Weder die Subventionierung von Elektro-PKWs noch die Befreiung von der Kfz-Steuer oder spezielle Parkplätze sind daher sinnvoll.

Für die Verlagerung hin zum öffentlichen Verkehrs und weg vom motorisierten Individualverkehrs würden diese Maßnahmen negative Wirkungen erzielen.

Als vorläufige Ergänzung zum noch nicht allumfassend ausgebauten elektrifizierten ÖPNV und den möglichen Umweltqualitätszonen oder Verkehrseffizienzzonen sollten öffentliche Flotten von Elektro-Autos angeschafft werden, die vorläufig der Vermietung als Leihfahrzeuge dienen. Da der Zugang zum ÖPNV und allen Verkehrsanbindungen noch ausbaufähig ist und um mehr Menschen daran zu beteiligen, müssen zusätzlich gemeinsame Informationsplattformen entstehen. Erst wenn der ÖPNV für alle attraktiv gestaltet und intelligent verknüpft ist, gerät das eigene Auto ins Hintertreffen. Schnelle Verbindungen, bezahlbare Preise und ein guter Service stehen dabei im Vordergrund. Die Mobilität im ländlichen Raum sorgt für schwierigere Umsetzungsmöglichkeiten. Das Zusammenspiel von öffentlichem Verkehr und Elektromobilität ist trotzdem möglich. Die Anbindungen mit S-Bahnen und Elektro-Bussen muss ausgebaut werden, letztere könnten aufgrund der Reichweite-Problematik an öffentlichen Haltestellen aufgeladen werden. Bike + Ride und Park + Ride sollten systematisch in die Verkehrsplanung einbezogen werden.

Kompakt:

- Umstrukturierung des Nahverkehrs, weg vom motorisierten Individualverkehr und hin zum allumfassenden, elektrifizierten ÖPNV: autofreie Stadt, Umweltqualitätszonen
- allgemeines Umdenken hin zum „Nutzen statt Besitzen“
- E-Mobilität auf Straße und Schiene einbinden: E-Busse, Oberleitungsbusse, Straßenbahnen und S-Bahnen in Stadt und Land
- Ausfinanzierung des ÖPNV, soziale Kosten-Ausgestaltung soll Zugang für alle sichern
- Nahtlose Mobilität mit umfangreichen Anschlussmöglichkeiten: bessere Taktzeiten, Bike + Ride und Park + Ride
- keine innerstädtische Übervorteilung für E-Autos

3. Elektromobilität auf der Schiene

Die Elektromobilität wird allerorts als Projekt der Zukunft angepriesen – zurecht. Oft wird dabei allerdings vernachlässigt, dass der Eisenbahn-Verkehr auf Schienen schon eine lange Tradition in diesem Spektrum der Mobilität aufzuweisen hat.

Ist-Zustand

Die Elektromobilität auf der Schiene ist ein funktionierendes System. Die Elektrifizierung ist hier am weitesten fortgeschritten. In Deutschland wird der Personen- und Güterverkehr nur noch zu zehn Prozent mit konventionellen Verbrennungsmotoren befördert. Dieser Rest resultiert aus den verbliebenen Dieselinseln, an denen die Schienen nicht mit Oberleitungen ausgestattet wurden.

Auch der Anteil an Ökostrom ist mit momentan rund 42 Prozent vergleichsweise hoch. Die Eisenbahn ist je Kilometer um circa 70 Prozent umweltschonender als der PKW-Verkehr. Im Vergleich ist die Bahn auch deutlich energieeffizienter: So wird durch einen geringeren Roll- und Luftwiderstand nur etwa die Hälfte der Energie eines PKWs benötigt. Allerdings verursacht die Bahn immer noch zu viel Lärm.

Ausbau

Das Stichwort Investitionen greift hier vollumfänglich. Die restlichen, nicht elektrifizierten Strecken müssen mit Oberleitungen ausgestattet werden. Hierbei gilt es, nicht nur die vom Bundesverkehrswegeplan bevorzugten Hauptstrecken zu modernisieren, sondern auch die vielen wichtigen Nahverkehrslinien. Ziel muss es sein, eine Elektrifizierung von 100 Prozent zu erreichen.

Außerdem muss die Verlagerung großer Verkehrsanteile in Richtung Schiene auf die Agenda. Ein modernes und nachhaltiges Mobilitätskonzept sieht einen Rückgang des Individual- und Autoverkehrs vor und begünstigt die Schiene. Deshalb muss mehr und mehr der Güterverkehr auf die Eisenbahn umgelagert werden und auch der Personenfernverkehr muss erweitert werden. Das wiederum kann nur durch Investitionen in ein größeres und besseres Schienennetz geschehen. Es braucht mehr Strecken und Zweigleisigkeit, um das größere Verkehrsaufkommen bewältigen zu können. So sollten grundsätzlich alle Städte über 100.000 Einwohner*innen an das IC-Netz angebunden werden und differenziert davon muss auch das ICE-Netz ausgebaut werden. Zusätzlich müssen neue Güterbahnhöfe entstehen bzw. bestehende ausgebaut werden und die Abtrennung ganzer Ortschaften vom Schienenverkehr muss rückgängig gemacht werden. Zudem beanspruchen Bahnanlagen und Gleise nur einen Bruchteil der Fläche für den Verkehr und sind damit deutlich umweltschonender als die für den Straßenverkehr erforderlichen Straßen und Parkplätze.

Für viele Menschen ist der Schienenfernverkehr momentan zu teuer. Daher müssen einhergehend mit dem Ausbau des Angebotes Tarifstrukturen entstehen, die Menschen ohne oder mit geringem Einkommen begünstigen.

Technik und Überholung

Wie bereits erwähnt, wird bei Elektromobilität zu allererst an PKWs gedacht – in diese Entwicklung fließt daher auch das allermeiste Geld. Dieser Gedankengang muss aufgebrochen werden, es braucht insbesondere eine Modernisierung der Eisenbahntechnik. Die Anlagen in Deutschland sind teilweise veraltet und neuere nachhaltigere Technologie stünde zur Verfügung. Beispielsweise können durch moderne System wie die Rückspeisung von Bremsenergie schätzungsweise bis zu zehn Prozent Energie eingespart werden. Auch Fahrassistenzsysteme helfen zusätzlich beim effizienteren Fahren. Durch die Modernisierung der Fahrzeugflotte könnte letztlich auch Lärmbelastigung gedrosselt werden und zusätzlich bei Bedarf aufgestellte Lärmschutzeinrichtungen könnten ihr Übriges tun.

Zwar gibt es inzwischen auch angestoßene Projekte für Akku-Elektrobetrieb und Wasserstoffbetrieb, allerdings sollten diese Entwicklungen nicht vordergründig verfolgt werden. Die Ausstattung der Strecken mit Oberleitungen ist zwar nicht billig, aber deutlich nachhaltiger als diese Formen der Elektromobilität.

Kompakt:

- Verlagerung großer Verkehrsanteile von der Straße auf die elektrifizierte Schiene: Güter- und Personenverkehr
- Ausbau des Schienennetzes: Mehrspurigkeit, größere Züge, Anbindung auch kleinerer Ortschaften
- Tarifsystem mit sozialer Kosten-Ausgestaltung soll Zugang für alle ermöglichen
- Modernisierung: 100% Elektrifizierung durch Oberleitungen, sukzessive Überholung der Fahrzeugflotte
- Ablehnung von Zügen mit Akkubetrieb oder Wasserstoffantriebe.

4. Elektromobilität in der Luft

Während die Elektromobilität auf der Straße bzw. auf der Schiene und über Oberleitungen – zumindest theoretisch - relativ fortgeschritten scheint, ist sie im Flugverkehr quasi noch nicht existent. Dabei (f)liegt hier eines der Hauptprobleme einer nachhaltigen Mobilität in der globalisierten Welt.

Umweltproblematik

Der Flugverkehr boomt und mit ihm die umweltschädlichen Emissionen. Allein in Deutschland haben sich die Emissionen seit 1990 verdoppelt und ein Ende dieser anhaltend wachsenden Umweltverschmutzung ist nicht in Sicht. Durch das Verbrennen des Flugzeug-Treibstoffs Kerosin werden Wasserdampf, Kohlenstoffdioxid und Stickoxide freigesetzt – besonders problematisch ist dabei nicht nur die extreme Menge, sondern auch die Höhe, in der die Stoffe ausgesetzt werden. Der Treibhauseffekt wird dadurch deutlich spürbar verstärkt: Der Flugverkehr allein hat wohl einen Anteil von fünf Prozent an der globalen Erwärmung. So liegt der CO₂-Ausstoß bei einem Flug von Frankfurt in die Dominikanische Republik pro Person bei 2,8 Tonnen. Damit die Klimaerwärmung einigermaßen erträglich gestaltet werden kann, dürfte ein Mensch jedoch jährlich nur drei Tonnen CO₂ verursachen.

Zusätzlich zur Umweltschädlichkeit kommt noch eine enorme Lärmbelästigung, die zum Werteverfall von Grundstücken auf ganzen Landstrichen führt. Fluglärmbedingte Krankheiten sind dort auf dem Vormarsch.

Lösungsvorschlag

Um nun im Flugverkehr auf Elektromobilität umzurüsten, müssen Probleme bewältigt werden, die auf dem Boden in dieser Form nicht auftreten. Flugzeuge müssen insbesondere im Startprozess enormen Schub leisten und im weiteren Verlauf große Massen in erhöhter Geschwindigkeit über weite Strecken transportieren. Die praktikabelsten nachhaltigeren Lösungsvorschläge sehen daher derzeit Hybrid-Antriebe vor: Sie können zum Start hohe Energie aufbringen und gewährleisten dauerhafte, zuverlässige Leistung während des gesamten Fluges. Der Hybrid-Antrieb besteht dabei aus einer Brennstoffzelle mit separatem Wasserstofftank und einer Batterie an Bord. Diese treiben dann über Elektromotoren die Propeller des Flugzeuges an. Ein rein durch Batterien betriebenes Flugzeug ist nach derzeitigem Stand der Technik nicht in Sicht, weshalb sich zunächst in Richtung Hybrid-Antrieb orientiert werden sollte.

Forschung

Die Herausforderung besteht darin, dass die Batterien derzeit zu schwer und ineffizient sind bzw. eine zu geringe Leistung abrufen. In Zukunft muss hier konkret investiert und geforscht werden, damit mit für diesen Mobilitätssektor entsprechende Batterien entwickelt werden können. Durch die Veränderung des

Antriebssystemen ergeben sich aber auch ganz neue Möglichkeiten hinsichtlich der Konstruktion. So sollten Konzepte herausgebildet werden, die die aerodynamische Effizienz erhöhen. Exemplarisch können, wie in der Studie „Ce-Liner“ des Instituts „Bauhaus Luftfahrt“, innovative Ideen vorangetrieben werden. Der Einsatz von Solarzellen auf den Tragflächen wie beim „Solar Impulse 2“ oder die Stromrückgewinnung über Generatoren im Sinkflug sollten weiter erforscht werden. Die finanzielle Förderung muss dabei sowohl national als auch europäisch bzw. international erfolgen, um die gesamte Branche zum Umdenken zu bewegen.

Die Finanzierung der Forschungsideen könnte zumindest teilweise über eine Kerosinsteuer geschehen, die europaweit erhoben werden muss. Um einen weiteren Anreiz für die Forschung zu setzen, sollte die Luftverkehrssteuer für Elektroflugzeuge abgeschafft und für Hybride drastisch gesenkt werden.

Anwendung

Besonders für den Regionalflugverkehr kann die Elektromobilität im Luftverkehr zukünftig eine große Rolle spielen. Hier sind die Entfernungen noch nicht so groß wie auf Langstreckenflügen und die Reichweite den Systemen angemessen. Beispielsweise sollten Elektroflugzeuge im innereuropäischen Regionalflugverkehr die kerosingespeisten Maschinen ablösen, so dass man beispielsweise emissionsarm von Erfurt nach Mallorca fliegen könnte. Durch das hohe Drehmoment der Elektroflugzeuge reichen auch schon kleinste Start- und Landebahnen aus – damit würden allein in Deutschland 250 Flughäfen in Frage kommen. Allerdings müssen die Flughäfen infrastrukturell an die Anforderungen von Elektromobilität angepasst werden.

Elektroflugzeuge sind zudem viel wartungsärmer als konventionelle Maschinen. Letztlich würde auch die Lärmbelastung enorm gedrosselt werden, da Elektromotoren deutlich leiser agieren.

Kompakt:

- Investitionen in Ausbau und Forschung der Elektromobilität in der Luftfahrt für Güter- und Personenverkehr
- innovative Ideen weiterentwickeln und umsetzen
- Anreize für den Umstieg auf Elektromobilität: europäische Kerosinsteuer, Luftverkehrssteuer für Elektroflugzeuge aussetzen
- europäisches, internationales Vorgehen in Einklang mit nationalen Investitionsprogrammen

5. Elektromobilität auf dem Wasser

Die Schifffahrt wird häufig unterschätzt, aber durch die internationale Verflechtung des weltweiten Handels werden 90 Prozent des globalen Güterverkehrs über den Schifffsweg transportiert. Die absolute Zahl des Handelsaufkommens wird durch die Globalisierung in den kommenden Jahrzehnten noch deutlich zunehmen. Folglich muss auch dieses Segment den Nachhaltigkeits- und Ökologie-Standards einer modernen Mobilität angepasst werden, am zielführendsten durch Elektromobilität.

Ausgangslage

In der Schifffahrt wird hauptsächlich mit dem extrem umweltschädlichen Treibstoff Schweröl gefahren. So entstehen jährlich circa eine Milliarde Tonnen CO₂, das entspricht immerhin drei Prozent der weltweiten Emissionen. Noch deutlicher sind die Werte bei Stickoxiden (15 Prozent) und Schwefeloxiden (13 Prozent). Außerdem werden krebserregende Rußpartikel abgesondert. Ohne ein Einschreiten und Umdenken wird inzwischen davon ausgegangen, dass sich diese Werte bis 2050 um bis zu 250 Prozent erhöhen könnten. Neben den Emissionen entstehen zudem noch giftige Rückstände. Diese müssen im Hafen gebührenpflichtig abgepumpt werden, allerdings wird das vielfach umgangen, in dem der Schlamm einfach vorher im Meer versenkt wird. Zum Vergleich emittiert ein großes Kreuzfahrtschiff momentan so viel wie fünf Millionen PKWs.

Die umwelt- und schließlich auch gesundheitsschädigenden Wirkungen kommen besonders in Hafenstädten und den umliegenden Ballungsräumen zum Tragen, zudem versauern die Meere und der Einfluss auf Gebiete mit besonders sensibler Umwelt ist dramatisch.

Technik

Gegen diese Umweltbelastung muss kurzfristig als auch nachhaltig vorgegangen werden. Zunächst sollten die großen Schweröl-Verbraucher auf moderne Diesel- oder Flüssiggasmotoren umrüsten. Ein direkter Umstieg auf Elektromobilität ist insbesondere für lange Strecken noch nicht umsetzbar, da es weder ein entsprechendes elektrisches System gibt, noch mögliche Ladestationen auf dem offenen Meer. Wie im Flugverkehr erscheint der völlige Umstieg auf Elektromobilität daher vorerst unrealistisch. Hier muss geforscht werden, inwiefern letztlich umweltverträglichere Lösungen möglich sind.

In jedem Fall sind jedoch neuere technische Möglichkeiten realisierbar, mit denen enorme Mengen an Treibstoff gespart werden können: Die Erhöhung der Propeller-

Effizienz oder der Einsatz von Doppelpropellern, die Rückgewinnung von Abgaswärme und die Verringerung des Reibungswiderstandes des Rumpfes. Außerdem müssen bereits vorhandene Filtertechniken installiert und nachgerüstet werden, die große Teile der verursachten Schadstoffe abfangen können.

Hybridantriebe stehen bereits zur Verfügung und können mit der Einspeisung von unterwegs zu sammelnden Stromquellen aus Wind und Sonne zur Treibstoff-Reduktion beitragen. Weitere Projekte sollten Beachtung finden und zur Marktreife entwickelt werden: Schiffssegel, Rotoren oder aerodynamische Rumpfkonstruktionen reduzieren den Treibstoffverbrauch ungemein, müssen aber noch konzeptionell verbessert werden. Es gibt zudem bereits Schiffe, die rein elektrisch betrieben überschaubare Distanzen zurücklegen können, diese Technik verbunden mit Schnellladestationen in den Häfen, die beim Be- und Entladen Energie zuführen, muss ausgebaut werden.

Anwendung

Auf Kurz- und Mittelstrecken ist eine Umrüstung auf Elektromobilität durchaus zielführend. Fähren oder Wassertaxis mit Elektroantrieb, die mit Batterien und Ladestationen auskommen, fahren bereits in der Binnenschifffahrt und müssen vermehrt zum Einsatz kommen. Das bringt zusätzlich den Vorteil, keinen Lärm und keine Vibrationen zu produzieren. Auch für Fahrten an den Küsten bzw. in Küstennähe eignen sich Elektroantriebe. Die geringen Wartungskosten stellen sich im Gebrauch zudem als wirtschaftliches Argument dar.

Die touristisch beliebten Kreuzfahrtschiffe müssen auf Hybridantrieb umgestellt werden, also einer Kombination aus Diesel- und Elektromotor. Der Elektromotor hat dann die Aufgabe in Gebieten mit besonders sensibler Umwelt emissionsfrei und lautlos Antrieb zu leisten. Das Konzept „Ecoship“ kann hier als Vorbild dienen: Es kommt auf ein Energie-Einsparungspotenzial von 80 Prozent, u.a. durch Energierückgewinnung, Sonnenenergie, Windkraft, eine besondere Aerodynamik und geschlossene Kreisläufe an Deck.

Wie bereits erwähnt, werden die großen Frachter, die im Güterverkehr über die Weltmeere fahren mit Schweröl betrieben. In diesem Bereich muss ein Umdenken erzwungen werden. Entweder wird die Flotte auf Diesel umgestellt oder auf Flüssiggas-Treibstoff, die beide zwar weder nachhaltig noch emissionsfrei sind, aber deutlich umweltschonender als Schweröl.

Auch die Bundesrepublik kann ihren Beitrag leisten und sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Die bundeseigene Flotte ist 50 Schiffe stark. Das Ziel sollte sein, diese soweit wie möglich umzurüsten.

Kompakt:

- nachhaltiges Umdenken im Schiffsverkehr: kurzfristige Umrüstung und Modernisierung von Schweröl auf Diesel, langfristige Forschung zu nachhaltigeren Lösungen
- Elektromobilität und Hybridantriebe fördern und weiterentwickelt, Kurzstrecken möglichst komplett elektrifizieren
- innovative Ideen Energiesparpotenzial fördern und umsetzen
- europäisches, internationales Vorgehen in Einklang mit nationalen Investitionsprogrammen

6. Elektromobilität auf der Straße

Beim Thema Mobilität denken viele Menschen zunächst an die Straße, das Auto oder den LKW. Betrachtet man das derzeit gängige Mobilitätsverhalten, verwundert das auch nicht. So gelten PKWs für viele immer noch als Statussymbol, aber in jedem Fall als einzig flexibilisierender Mobilitätsanker, der es ermöglicht, jederzeit von A nach B zu gelangen. In einem nachhaltigen Elektromobilitäts-Konzept steht das Auto allerdings bewusst nicht an erster Stelle. Ein 1:1-Umstieg von konventionell auf elektrisch-motorisierten Individualverkehr ist weder nachhaltig noch zielführend, die vorangegangenen Abschnitte dieses Mobilitätskonzeptes zeigen deutlich die besseren Alternativen auf. Das Auto muss als Fortbewegungsmittel zurückgedrängt werden und sollte seine Monopolstellung insbesondere im Personenverkehr einbüßen. Nichtsdestotrotz sind Elektromobil-Lösungen auch hier erforderlich.

Ist-Zustand:

Derzeit fahren allein über 45 Mio. zugelassene PKW auf Deutschlands Straßen. Und diese verursachen zusammen mit den ebenso konventionell angetriebenen LKWs und Bussen u.a. Kohlenstoffdioxid, Kohlenstoffmonoxid, Stickoxide und Feinstaub, was besonders in Städten und Ballungsgebieten zu enormen Umweltbelastungen und gesundheitsschädlichen Folgen führt. Außerdem beansprucht die gesamte Verkehrsinfrastruktur, besonders im dicht besiedelten Europa, eine beachtliche Fläche: Schon fünf Prozent der Fläche Deutschlands sind demnach hauptsächlich mit Straßen belegt und aus dem normalen Ökokreislauf dauerhaft ausgeschlossen. Nicht

zuletzt verursacht der Verkehr auf der Straße enormen Lärm und andauernde Hintergrundgeräusche, die sich negativ auf Mensch und Umwelt auswirken. Elektromobilität wurde viel zu lang nur halbherzig in Erwägung gezogen, gerade von den deutschen Automobilkonzernen. Weltweit gab es 2016 erst circa 1,3 Mio. Elektroautos, führend sind asiatische Konzerne sowie ein amerikanisches Unternehmen aus dem Silicon Valley. Die Marktanteile sind dementsprechend gering, so sind in Deutschland und den USA nicht mal ein Prozent elektrifiziert. Auch die ersten zaghaften Versuche mit einzelnen Modellen ändern nichts an der Tatsache, dass Elektromobilität in Deutschland ein Nischendasein führt. Und dass, obwohl die Bundesregierung ursprünglich die Zielsetzung verfolgte, im Jahr 2020 eine Million und 2030 sechs Millionen Elektroautos auf den Straßen zu haben. Aktuelle Studien gehen zwar in der Markt-Entwicklung der Elektromobilität davon aus, dass sie ähnlich der Ausbreitung von Digitalkameras und Flachbildschirmen mit einem Tipping-Point verläuft, aber dieser Punkt ist noch nicht absehbar. Auch die Hybrid-Modelle, die vielfach entwickelt wurden und werden, sind zumeist wenig umweltschonender, da sie nach wenigen Kilometern auf die konventionellen Antriebsstränge wechseln, wobei der Nachhaltigkeitsaspekt verpufft. Die Elektrofahrzeuge, die momentan auf dem Markt sind, können jedoch mit ihrer zugegebenermaßen begrenzten Reichweite über 80 Prozent aller Fahrtstrecken absolvieren. Lediglich die Langstrecken werden nicht ohne Zwischenladen erreicht. Außerdem sind die Akkumulatoren relativ langlebig und können nach 100.000 km noch immer circa. 80 Prozent ihrer Anfangskapazität abrufen. Grundsätzlich sind Elektroautos also durchaus marktreif, allein ihr hoher Preis, die zu geringe Ladeinfrastruktur und die fehlende Produktpalette sprechen gegen einen Durchbruch auf dem Fahrzeugmarkt. Neben der Forschung und Weiterentwicklung der Technologie müssen deshalb die Anschaffungskosten für die Nutzer*innen drastisch gesenkt werden, damit Elektroautos keine Luxusgüter bleiben, sondern einer viel größeren Anzahl an Menschen die Möglichkeit gegeben wird, persönlich auf Elektromobilität umzusteigen.

Vorteile:

Hauptsächlich reduzieren sich die ausgestoßenen umweltschädlichen Emissionen durch den Verzicht auf Verbrennungsmotoren mit fossilen Brennstoffen gen Null. Durch den Einsatz von Elektromotoren ergeben sich aber noch zahlreiche andere Vorteile. Die einfache Bauweise der Elektromotoren und die geringere Anzahl an Komponenten im Antriebssystem verändert zunächst das Packaging: Die Motoren- und Kühlertechnik sind kleiner, alles kann dezentral montiert und die Fahrzeuge

können crash-sicherer ausgestaltet werden. Zudem entfällt der Ölwechsel und die Schaltung vereinfacht sich. Da sich die Motoren auch für den Generatorbetrieb eignen, kann durch Rückwandlung von kinetischer in elektrische Energie durch eine Nutzbremse bis zu 30 Prozent der Energie zurückgeholt werden. Der tank-to-wheel-Wirkungsgrad von Elektroantrieben liegt mit 65 bis 80 Prozent letztlich deutlich über Otto- und Dieselmotoren mit 35 bzw. 45 Prozent. Der Verschleiß ist geringer als bei konventionellen Antrieben, sodass weniger Servicedienste notwendig sind und teure Reparaturen seltener durchgeführt werden müssen.

Auch der Lärm beschränkt sich fast ausschließlich auf die Reibungsgeräusche der Reifen. Insgesamt wird der Fahrkomfort deutlich gesteigert, da der vibrationsärmere Antrieb einerseits leiser ist – sowohl innen als auch außen – und andererseits, weil der Innenraum durch die strukturellen Änderungen effektiver genutzt werden kann.

Forschungsperspektiven

Die bereits gegebenen Möglichkeiten der Elektromobilität reichen allerdings bei weitem nicht aus. Es muss dringend Geld in die Forschung investiert werden, ansonsten rückt die Umstrukturierung der Mobilität in die Ferne. Allerdings führen einige Entwicklungen nicht zwingend zu einer Umweltschonung, wenn der Ökologiefaktor nicht gezielt gefordert und gefördert wird.

An einigen Punkten muss weiterhin geforscht und gearbeitet werden: Die Akkumulatoren benötigen höhere Energiedichten und müssen größere Reichweiten ermöglichen. Gleichzeitig muss auch die Zyklenzahl und damit das Lebensalter gesteigert werden, damit die Akkus nicht allzu schnell auszutauschen sind. Extrem wichtig wird es sein, mittelfristig ressourcenschonendere Alternativen zu den dominierenden Lithium-NCM-Zellen zu entwickeln, bei denen neben Lithium, die raren Elemente Nickel, Kobalt und Mangan zum Einsatz kommen. Die ebenso verwendeten Lithium-Eisenphosphat-Zellen, sind zwar ressourcen-schonender, weisen dafür allerdings eine deutlich geringere Energiedichte auf. Es gilt also, auf diesem Gebiet in die Forschung zu investieren.

Auch die Möglichkeiten der Energierückgewinnung über Rekuperationselemente und der Energie-Einsparung über effiziente Assistenzsysteme sind auszuweiten. Zusätzlich sollte über moderne Batteriemangement-Systeme ein effizienter Energie-Verbrauch gewährleistet werden. Auch die Ladetechniken sollten verbessert werden, um marktfähiger zu werden. Ideen wie das induktive Laden und Umsetzungsmöglichkeiten mit kürzeren Ladezeiten müssen prioritär vorgebracht werden, um die Ausbreitung der Elektro-Mobilität zu fördern.

Ein weiteres wichtiges Element der Forschung sollte sich auf die neuen Leichtbauweisen beziehen. Hier wird vorwiegend Aluminium verarbeitet, das sehr umweltschädlich und häufig auf Kosten von Regenwaldgebieten abgebaut wird. Daher müssen schonendere und nachhaltigere Alternativen entwickelt werden, die letztlich die Umweltbilanz der Elektro-Fahrzeuge verbessern.

Ladeinfrastruktur

Einer der wichtigsten Punkte bei der Durchsetzung der Elektromobilität auf der Straße ist eine umfassende Ladeinfrastruktur. Hier liegt eines der großen Probleme, das viele Interessent*innen von Elektroautos abschreckt. Zwar ist die Reichweite der Elektroantriebe teilweise bereits passabel, aber die Möglichkeit, ohne größere Hürden und Zeitverluste „nachzutanken“ wie es herkömmliche Kraftstoffautos mit dem ausgebauten Tankstellensystem nutzen können, gibt es bisher nicht.

Zu einer umfassenden Ladeinfrastruktur können sowohl private als auch öffentliche Ladestellen gehören. Dabei bietet es sich an, öffentliche Schnellladeplätze vor allem innerstädtisch bzw. auf dem Land anzubieten und den privaten Sektor beim Ausbau von Stromtankstellen an Autobahnen und Fernverkehrsstraßen zu unterstützen. Günstige Bedingungen dafür finden sich auf Park-, Rast- und Stellplätzen oder in Garagen. Voraussetzung müssen einheitliche Standards sein, die es ermöglichen, jedes Auto an jeder Tankstelle anzuschließen. Außerdem müssen die Ladebedingungen am Wohnort verbessert werden, bisher lassen Heim-Steckplätze nur lange Ladezeiten zu, hier sollte über Adapter oder bessere Anschlüsse ausgeglichen werden. Gleichzeitig sollten die Möglichkeiten des bereits erwähnten Induktionsladens eingeplant werden.

Generell muss eine Entwicklung hin zu Supercharge-Systemen erfolgen. Die bisherigen Umsetzungen erlauben maximal ein schnelles Laden in 40 Minuten auf 80 Prozent, die Forschung geht aber davon aus, dass Ladezeiten zukünftig auf bis zu fünf Minuten gedrosselt werden können. Damit würde der Nachteil des zusätzlichen Zeitaufwandes nahezu entfallen.

Umsetzungsmöglichkeiten

Die Umsetzungsmöglichkeiten für Autos sind bereits umrissen. Als Bestandteil des gesamten Elektromobilitätssystems sollte das Auto Teile seiner dominanten Stellung und Bedeutung an den ÖPNV und den Schienenverkehr verlieren, da es ökologisch widersinnig ist, den gesamten Autoverkehr lediglich auf Elektroantrieb umzustellen, ohne die Vorteile anderer Mobilitätsmöglichkeiten anzuwenden. Nichtsdestotrotz

der motorisierte Individualverkehr wird nicht verschwinden und sollte elektrifiziert werden. Sinnvollerweise muss die öffentliche Seite vorbildhaft voranschreiten und sollte den gesamten Bundesfuhrpark elektrifizieren. Zudem muss in öffentlichen Ausschreibungen die Elektromobilität gefordert werden. Eine zusätzliche und experimentell realisierte Umsetzungsmöglichkeit stellen Elektrotaxis dar – diese Konzepte sollten gefördert werden.

Die Anwendung beschränkt sich natürlich nicht nur auf Elektro-PKWs. Ein wichtiges Mobilitätselement stellen Elektrobusse da. Diese sind insbesondere für den ÖPNV relevant. Am praktikabelsten wären hier sicherlich Akku betriebene Busse, die unterstützt durch Kurzlade-Oberleitungen an Haltestellen ihre Standzeit zum Aufladen nutzen. Und für LKWs werden auf Autobahnen bereits erfolgreich Oberleitungen erprobt. Umrüstungen von Autos mit Verbrennungsmotor auf einen Elektroantrieb sind unpraktisch, aufwendig und zu teuer, als dass sie sinnvoll wären. Auch Range Extender, die die Elektroantriebe unterstützen sind keine nachhaltige Alternative und würden den guten Ansatz des Elektroautos verwischen.

Anreize

Um mehr Elektroautos und infolgedessen weniger konventionell betriebene Fahrzeuge auf die Straße zu bekommen, müssen klare Anreize geschaffen werden. Letztlich reichen freiwillige Selbstverpflichtungen der Branche nicht aus, um die Marktabdeckung der Elektro-Autos zu steigern, das zeigen bei allem Fortschritt die aktuellen Entwicklungen. Es führt kein Weg an einer staatlichen Regulierung vorbei. Zu allererst muss die Ladeinfrastruktur konsequent aufgebaut werden, um den Menschen die Skepsis bezüglich der Reichweite von Elektroautos zu nehmen. Des Weiteren kann eine Ausbreitung von Elektromobilität vor allem durch langfristig geplante Regelungen bewirkt werden. So sollte es zu einem Verbot der Zulassung von nicht-emissionsfreien Autos ab 2030 kommen. Nur dann sehen sich Automobilkonzerne verpflichtet, ihre Forschung und Produktion gänzlich zukunftsorientiert zu gestalten. Zeitnah müssen allerdings bereits Quoten eingeführt werden, die den Markt in Richtung Elektromobilität lenken. Nicht außer Acht gelassen werden, darf die Tatsache, dass sich aufgrund der größeren Anschaffungskosten momentan vorwiegend Personen mit höherem Einkommen Elektro-Autos leisten können. Deshalb müssen zusätzlich zu den allgemeinen Anreizen auch Erleichterungen für Nutzer*innen mit niedrigem Einkommen gestaltet werden. Die bisherigen Reglementierungen reichen dabei nicht aus und führen in ihrer Umsetzung nicht zum Erfolg. Die bestehende Regelung, dass Elektroautos zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit werden, sollte unbefristet ausgeweitet werden, um

den Willen zur dauerhaften Veränderung der Mobilität zu verdeutlichen. Gleichzeitig gehört das Dieselpriileg aufgehoben und die Besteuerung der Kraftstoffe künftig anhand ihres tatsächlichen Schadstoffausstoßes orientiert.

Die derzeit gezahlte Kaufprämie ist dagegen nicht nur ein Ladenhüter, sie ist bei den momentanen Preisen auch viel zu gering, um einen wirklichen Anreiz für weite Bevölkerungsschichten darzustellen. Geht man allerdings davon aus, dass der Ölpreis künftig deutlich steigen wird und die Kosten für die immer größere Modellauswahl an Elektroautos stärker sinken, kann eine Prämie in Höhe von bis zu 5.000 Euro für Geringverdienende mit entsprechendem Bedarf sinnvoll werden.

Sollte tatsächlich zu eine PKW-Autobahnmaut eingeführt werden, müssen Elektroautos von dieser vorerst ausgenommen werden. Letztlich müssen auch verpflichtende Garantien für die eingebauten Akkus gegeben werden, um den Nutzer*innen die Vorbehalte gegenüber der Haltbarkeit ihrer Energiespeicher zu nehmen.

Kompakt:

- deutliche Erhöhung des Marktanteils an Elektro-Autos (mit dem Fernziel, ohne konventionell betriebene Autos auszukommen), : bei gleichzeitiger Reduktion des motorisierten Individualverkehrs
- Investitionen in Forschung: bessere Reichweite, schnellere Ladezyklen, umweltfreundlichere Herstellung und günstigere Herstellung
- Aufbau einer Lade- bzw. Schnellladeinfrastruktur
- regulatorische Anreize setzen: Zulassungsverbot für Diesel und Benziner ab 2030, Aussetzung der KfZ-Steuer für Elektroautos, Steuervergünstigungen für Geringverdiener

U5 - Weniger PKW ist mehr Stadt - Das Automobil gehört nicht in die Stadt

Die Jusos Thüringen wirken im Juso-Bundesverband darauf hin, dass sich unsere Bundesministerin für Umwelt und Bauen Barbara Hendricks (oder Nachfolger*in) dafür einsetzt, die vermehrte Schaffung von autofreien Großstädten und Stadtquartieren, besonders im Bestand, voranzutreiben. Dazu bedarf es in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium der Entwicklung einer Strategie „Autofreie Städte 2050“, die die Entwicklung in diesem Themenfeld bis zum Jahr 2050 analysiert und vorantreibt. In dieser Strategie sollen konkrete Maßnahmen und

Zielvorgaben für die Ausweisung von autofreien Städten und Quartieren definiert werden.

GESUNDHEIT

X1 - Leistungen in Sozialpädiatrischen Zentren komplett finanzieren

Die Jusos Thüringen fordern die Ausfinanzierung nichtärztlicher Leistungen in Sozialpädiatrischen Zentren durch das Land. Sozialpädiatrische Zentren (SPZ) sind ambulante interdisziplinäre Einrichtungen zur Frühförderung und Früherkennung von Entwicklungsstörungen, Behinderung oder drohenden Behinderungen bei Kindern und Erwachsenen. Ziel ist hierbei die Prävention sowie die rechtzeitige Therapie. Den Anteil an ärztlichen Leistungen übernehmen dabei seit jeher die Krankenkassen. 2005 wurde die Finanzierung nicht ärztlicher Leistungen (Physiotherapie, Logopädie, Sozialarbeit und Psychologie) in SPZ durch den Freistaat Thüringen eingestellt und liegt seitdem in der Zuständigkeit der Sozialämter der Landkreise.

Und wie das bei den Landkreisen nun mal so ist, ist die Kassenlage in einigen Regionen alles andere als rosig. Während einige Landkreise Verträge mit den vorhandenen sozialpädiatrischen Zentren abgeschlossen haben und die Finanzierung geregelt ist, müssen Eltern in anderen Regionen den nicht-ärztlichen Teil teilweise oder ganz selbst finanzieren. Hier entscheidet dann nicht nur der Wohnort über gute medizinische Versorgung, sondern der Geldbeutel. Und genau hier gilt es Abhilfe zu schaffen und die Ausfinanzierung wieder einheitlich durch den Freistaat zu regeln.

X2 - Das Menschsein wird neu erfunden: Wo bleibt der Aufschrei?

Vor einigen Jahren entdeckten zwei Forscherinnen eine neue Methode der Gene-Editierung. Diese Methode bzw. Werkzeug ist als Crispr/Cas9 bekannt. Damit können Abschnitte eines Gens herausgeschnitten, korrigiert oder durch andere Abschnitte ersetzt werden. Dieses Verfahren ist schneller und präziser als es bisher in der Wissenschaft möglich war. Was ist neu? Damit Crispr/Cas9 der gesamte menschliche Gencode veränderbar ist, ist es möglich, dass alle Krankheiten geheilt werden können. Das betrifft sämtliche Erbkrankheiten, daneben Malaria, Aids, Krebs sowie andere Infektionen. Die Alarmglocken läuten. Interessant ist, dass gentechnische Verfahren zur Produktion von Medikamenten allgegenwärtig sind. So basieren Insulin, Krebstherapiemittel und Impfungen auf solchen Verfahren.

Zwischenergebnis: Die Gen-Tomate ist Teufelszeug. Wenn ich Krebs habe, ist mir Gentechnik dann aber recht. Noch ein kleiner Einwurf zu dieser Sache. Pflanzen über Jahre hinweg zu züchten, um sie widerstandfähiger, größer, stärker geschmackvoller zu machen, wird bereits seit Jahrhunderten angewandt. Dies basiert auf derselben Methode der Genänderung, folgt allerdings eher dem Zufallsprinzip. Dass Gentechnik in der Landwirtschaft verpönt ist, liegt häufig an den Ungewissheiten, die mit den aktuellen Prozessen der Gen-Veränderung verbunden sind. Diese Unwägbarkeiten des Ergebnisses, z.B. durch ungewollte Schädigung von Nützlingen, werden mit Crispr der Vergangenheit angehören, denn das neue Verfahren der Genänderung ist wesentlich präziser als die aktuell eingesetzten.

Aber wann können wir denn jetzt aufschreien? Gleich! Denn die Beseitigung aller gegenwärtigen schweren Krankheiten ist nur der Anfang. Der Blick in die Glaskugel verrät aber eins. Wie August Bebel schon sagte, wird die Wissenschaft auf alle Lebensbereiche angewandt. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis wir uns stärker, intelligenter, schneller, langlebiger, unsterblich und schöner durch Geneingriffe machen werden. Das ist eine neue Ebene der sogenannten Designerbabys. Aufschrei! Es ist gewiss, dass der Mensch seine Umgebung und sich selbst schon immer angepasst hat. Fraglich ist nur, wer sich diese Errungenschaften zueignen wird.

Gleichzeitig birgt gene-editing aber auch Gefahren, die weit über eine individuelle Ebene hinausgehen. Der Einsatz der mittels CRISPR/Cas9 modifizierten Mücken in Monroe County, Florida 2016 zur Bekämpfung des Zika-Virus bedeutete auch einen massiven Eingriff in den Genpool der dort lebenden Mückenarten. Was auf der Ebene von Insekten erfolgreich angewendet wird, funktioniert im Prinzip bei allen Tierarten, also auch bei Menschen. Der niedrighschwellige Zugang zur CRISPR/Cas9 Technologie, also die vergleichsweise einfache Beschaffung steht in keiner Relation zu den möglichen Folgen für ganze Populationen. Im vergangenen Jahr stufte der amerikanische Director of National Intelligence, James Clapper, die gene-editing Technologie daher als potentielle Massenvernichtungswaffe ein. Wir fordern daher weltweite Standards für den Einsatz, die Kontrolle und die Förderung von Gene-Editing nach der Maßgabe einer internationalen Ethik-Charta, die eine demokratische Kontrolle sowohl lokal als auch durch die Weltgemeinschaft vorsieht, sowie den Einsatz von gene-editing an die Förderung von global gerecht verteilten Wohlstand und das gute Leben für alle knüpft.“

X3 - Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Entbindungspfleger*innen/Hebammen und Geburtshelfer*innen

Wir fordern für alle fest angestellten Geburtshelfer*innen eine Eins-zu-Eins Betreuung von Gebärenden. Außerdem stehen wir für eine alternative Haftpflichtstruktur ein, die es weiterhin ermöglicht, diesen Beruf auch freiberuflich auszuüben. Zuletzt beantragen wir einen gesetzlichen Rahmen, welcher eine Entfernungsfrist von maximal 30-45 Minuten zu der nächsten Geburtsstation vorsieht. Durch diese Forderungen erhoffen wir uns eine Gegentendenz zur Unterversorgung und ein stabiles System an Kreissälen, welche auch bei einer weiter steigenden Geburtenrate qualitative Betreuung von jeder Schwangerschaft gewährleistet.